

DGAPjahresbericht



2013/14





Inhalt

- 2 Zum Geleit
- 5 **Die DGAP – das Netzwerk für Außenpolitik**
- 10 Förderer und Mitglieder
- 12 Veranstaltungshöhepunkte 2013/14

- 18 **Außenpolitik vermitteln –
das DGAPforschungsinstitut**
Schwerpunkte 2013/14
- 22 **Werte und Interessen
in der deutschen Außenpolitik**
Eberhard Sandschneider
- 25 **Das Ende der Konditionalität –
die EU braucht neue Instrumente**
Christian Achraimer, Ewald Böhlke,
Maria Davydych, Gereon Schuch, Katrin Sold
- 29 **Deutschland und Europa: Mehr Debatte bitte!**
Almut Möller, Claudia Schmucker
- 33 **Skandal im Sperrbezirk
Überwachung im Regierungsviertel
und die Folgen**
Jana Puglierin, Henning Riecke

- Anhang**
- 40 Gremien, Aufbau, Struktur
- 42 Die Köpfe
- 44 Die Regionalforen
- 45 Finanzbericht
- 46 Bilanzen
- 47 Gewinn- und Verlustrechnung

- 48 Impressum
Ihre Ansprechpartner



Zum Geleit

Der Ukraine-Konflikt stellt die Außenpolitik vor ganz neue Herausforderungen. Das Spannungsverhältnis zwischen der Öffentlichkeit und den außenpolitischen Entscheidern verschärft sich zunehmend. Die Frage ist, wie die deutsche und europäische Außenpolitik ausgestaltet werden sollen.

Die DGAP trägt mit ihrer unabhängigen und wissenschaftlichen Analyse internationaler Entwicklungen und der Organisation von Gesprächsrunden und Veranstaltungen dazu bei, die außenpolitische Meinungsbildung zu stärken.

Bereits im Jahr 2013 hat sich die DGAP der aktuellen Debatte über Werte und Interessen in der Außenpolitik gewidmet. Die Diskussion ist in diesem Jahresbericht pointiert zusammengefasst (S. 18). Nachdem im November die damalige Kiewer Regierung dem Assoziierungsabkommen mit der EU eine Absage erteilte, flammten die Proteste auf dem Maidan auf. Vor diesem Hintergrund stellt ein Themenschwerpunkt das Konditionalitätsprinzip der Europäischen Nachbarschaftspolitik auf den Prüfstand (S. 22).

Auch nach den Europa-Wahlen bleibt die Frage aktuell: Wohin steuert die EU? Die Lösung der Finanzkrise bleibt zentrale Aufgabe der europäischen Politik. Wo liegt die richtige Balance zwischen Spar- und Wachstumspolitik und was hält die EU zusammen (S. 24)? Überdeckt von den aktuellen Ereignissen, ist der NSA-Skandal etwas aus dem Fokus geraten. Deshalb widmet sich ein Beitrag der Snowden-Affäre und der Diskussion um ein Spionageabkommen (S. 26).

Dieser Jahresbericht zeigt die große Bandbreite an Themen, mit denen sich die DGAP beschäftigt. Im Rahmen zahlreicher Veranstaltungen und Analysen, in der Zeitschrift *IP – Internationale Politik* und online haben wir die weltpolitischen Entwicklungen der letzten Monate begleitet und deren Auswirkungen für Deutschland diskutiert.

Frischen Wind bringt auch die *Junge DGAP* in den Verein. Dank des großen Zulaufs des außenpolitischen Nachwuchses liegt der Altersdurchschnitt erstmals bei knapp unter 50 Jahren. Damit hat sich die Mitgliederstruktur der DGAP 2013 weiter verjüngt.

Allen, die zum Gelingen der Arbeit der DGAP im vergangenen Jahr beigetragen haben, insbesondere unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und vor allem unseren Mitgliedern und Förderern, danke ich sehr herzlich.

Ihr 

Dr. AREND OETKER,
Präsident



Der Hauptsitz der DGAP in der Rauchstraße 17/18 in Berlin-Tiergarten.

Die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V. ist das nationale Netzwerk für Außenpolitik. Seit rund 60 Jahren fördern wir die außenpolitische Meinungsbildung in Deutschland: **unabhängig, überparteilich, gemeinnützig.**





Dialog führen

DGAPgesellschaft

Politik vermitteln

DGAPforschungsinstitut

Wissen vertiefen

DGAPbibliothek

Die DGAP – das Netzwerk für Außenpolitik

„**Außenpolitik vermittelt sich nicht von selbst.** Dazu brauchen wir Mittler wie die Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik. Sie bringt spannende Menschen zusammen, fördert die außenpolitische Debatte, liefert Expertise“, sagt Außenminister Frank-Walter Steinmeier über den unabhängigen und gemeinnützigen Verein.

Ziel der DGAP ist es, den außenpolitischen Austausch aktiv zu fördern und Akteure aus dem In- und Ausland zusammenzubringen und miteinander zu vernetzen. Mit jährlich rund 250 Vorträgen, Konferenzen, Podiumsdiskussionen und Kamingesprächen sowie einer Vielzahl von Veröffentlichungen ihres Forschungsinstituts bietet die DGAP eine unabhängige und kompetente Plattform. Sie ist heute das einzige Netzwerk in Deutschland, das gezielt alle Akteure der Außenpolitik und

damit Politiker, Unternehmer, Wissenschaftler und Medienvertreter gleichermaßen einbezieht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Forschungsinstituts der DGAP beraten Entscheider aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft und informieren die breite Öffentlichkeit über Fragen der internationalen Politik. Damit leistet die DGAP einen substanziellen Beitrag zur außenpolitischen Debatte in Deutschland und zur außenpolitischen Stellung Deutschlands in der Welt.

Ein gemeinnütziger Verein – getragen von vielen engagierten Mitgliedern

Die DGAP ist ein gemeinnütziger Verein, in dem sich rund 2.500 Mitglieder engagieren. Ehemalige Bundeskanzler, Minister und Staatssekretäre zählen zum Mitgliederkreis ebenso wie namhafte Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Diplomatie und den Medien; darunter Patrick Adenauer, Franziska Augstein, Egon Bahr, Reinhard Bütikofer, Hubert Burda, Helmut Kohl, Alexander Graf Lambsdorff, Günther Nonnenmacher, Volker Perthes, Ruprecht Polenz, Wolfgang Schäuble, Emil Underberg und Ulrich Wickert. Ehrenmitglieder der DGAP sind Ursula Braun, Klaus von Dohnanyi, Hans-Dietrich Genscher, Karl Kaiser, Hans-Ulrich Klose, Helmut Schmidt, Rita Süßmuth, Günter Verheugen, Antje Vollmer und Richard von Weizsäcker.

Den außenpolitischen Nachwuchs fördern

Die Mitgliedschaft in der DGAP steht allen politisch Interessierten offen. Um insbesondere dem Nachwuchs den Einstieg in das Netzwerk für Außenpolitik zu erleichtern, hat die DGAP im Jahr 2008 die *Junge DGAP* gegründet. Mit attraktiven Veranstaltungsformaten und einem Mentorenprogramm wird eine Brücke zwischen jüngeren und älteren Mitgliedern der DGAP geschlagen. Die *Junge DGAP* richtet sich an alle, die Interesse an internationaler Politik haben und nach Möglichkeiten suchen, ihr Wissen und ihr Netzwerk im Rahmen von Veranstaltungen zu erweitern. Sie umfasst alle Mitglieder der DGAP unter 35 Jahren.

Eine außenpolitische Gesellschaft mit langjähriger Tradition

Gegründet wurde die DGAP am 29. März 1955 nach dem Vorbild des britischen Chatham House und des amerikanischen Council on Foreign Relations als eine von

der Regierung und den politischen Parteien unabhängige Gesellschaft.

Zu den Gründungsmitgliedern zählten Arnold Toynbee (Chatham House), Berthold Beitz (Krupp), Heinrich von Brentano (Außenminister von 1955 bis 1963), Wilhelm Beutler (BDI), Günter Henle (Klöckner & Co.), Otto Wolff von Amerongen (Otto-Wolff-Gruppe) und Bundespräsident Theodor Heuss. Eine der Gründungsansprachen hielt Bundeskanzler Konrad Adenauer.

Die ersten fünf Jahre hatte die DGAP ihren Sitz in Frankfurt a.M. und zog 1960 in die damalige Bundeshauptstadt Bonn. Nach der Wiedervereinigung erwarb die DGAP das Gebäude der ehemaligen Gesandtschaft des Königreichs Jugoslawien in Berlin-Tiergarten. Seit 1999 befindet sich hier der Hauptsitz der DGAP, unweit des Regierungs-

viertels und in unmittelbarer Nachbarschaft zu einer Vielzahl diplomatischer Vertretungen. Die Veranstaltungen der DGAP finden sowohl an ihrem Hauptsitz in Berlin statt als auch bundesweit in ihren Regionalforen in Bonn, Köln, Düsseldorf, den Hansestädten, Dresden, Frankfurt a.M. und München – sowie in dem 2013 neu gegründeten *DGAP-Forum Baden-Württemberg*.



© DGAP / Marc Dächinger

Unweit des Regierungsviertels hat sich die DGAP zu einem Ort des Austauschs für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft entwickelt.



Die Veranstaltungsreihe Brussels Briefing lädt regelmäßig Experten, politische Entscheidungsträger und Mitarbeiter der EU-Institutionen aus Brüssel ein. Hier diskutieren die Teilnehmer nach der Veranstaltung über EU-Klimadiplomatie.

Unabhängig dank einer breiten Unterstützung

Die Arbeit der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik* wird durch die Beiträge ihrer Mitglieder, eine institutionelle Förderung des Auswärtigen Amtes sowie durch die Unterstützung von zahlreichen Stiftungen, Botschaften, Verbänden und Unternehmen finanziert. Diese breite Unterstützung sichert dem Verein seine Existenz und die Möglichkeit, einen unabhängigen und fundierten Beitrag zur außenpolitischen Meinungsbildung in Deutschland zu leisten.

Zur effektiven Unterstützung der DGAP haben sich bereits 1955 Unternehmen und Institutionen in einem eigenen gemeinnützigen Verein, dem *Fördererkreis der DGAP e.V.*, zusammengeschlossen. Als Tochtergesellschaft des Fördererkreises ist im Herbst 2011 die *DGAP Consulting GmbH* gegründet worden. Sie bietet privatwirtschaftlichen wie öffentlichen Auftraggebern maßgeschneiderte Beratungs- und Serviceleistungen zu außenpolitischen und globalen Fragen an.

Zur langfristigen Finanzierung der Aufgaben der DGAP wurde darüber hinaus im Jahr 2010 die *Stiftung der DGAP für Auswärtige Politik* gegründet. Die Erträge sollen die DGAP in die Lage versetzen, ihre Wettbewerbsfähigkeit im Zuge der wachsenden globalen Herausforderungen zu verbessern und ihre Unabhängigkeit langfristig zu sichern.

Praxisorientierte Forschung und Beratung im DGAPforschungsinstitut

Das Forschungsinstitut der DGAP versteht sich als Berater, Netzwerker und Impulsgeber der operativen Außenpolitik. An der Schnittstelle von Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Medien arbeiten mehr als 30 außenpolitische Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler zu den folgenden thematischen Schwerpunkten:

- Europa und die Europäische Union
- Frankreich und die deutsch-französischen Beziehungen
- USA und die transatlantischen Beziehungen
- Russland und Eurasien
- Naher und Mittlerer Osten
- China und der Asien-Pazifik-Raum
- Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- Weltwirtschaft

In zahlreichen Fachkonferenzen, Gesprächskreisen sowie Studien- und Projektgruppen gestalten und schärfen die Mitarbeiter des Forschungsinstituts die Debatten der außenpolitischen Community. In politischen Analysen, Studien, Gastbeiträgen und Interviews beraten und informieren sie zudem eine breite Öffentlichkeit über aktuelle außenpolitische Fragen.



Rechercheangebote für die breite Öffentlichkeit

Mit ihrer *Bibliothek und Dokumentationsstelle* unterhält die DGAP eine der ältesten und bedeutendsten öffentlichen Spezialbibliotheken zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik. Der Bestand der Bibliothek geht bis auf das Jahr 1945 zurück und umfasst mehr als 250 nationale und internationale Zeitschriften, über 80.000 Bücher sowie zahlreiche elektronische Publikationen. Durch die Kooperation mit dem Fachinformationsverbund Internationale Beziehungen und Länderkunde bietet die Bibliothek darüber hinaus die größte Fachdatenbank ihrer Art in Europa.

Substanzieller Hintergrund – gedruckt und online

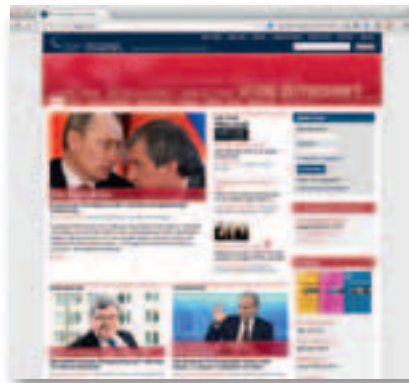
Die DGAP ist Herausgeber der *IP – Internationale Politik*, Deutschlands führender außenpolitischer Zeitschrift. Die *IP* erscheint bereits seit 1945 und ist sowohl im Abonnement als auch bundesweit im Bahnhofs- und Flughafenbuchhandel erhältlich. Alle zwei Monate beleuchtet die Zeitschrift in Hintergrundartikeln aktuelle Fragen der Außen-, Europa- und Sicherheitspolitik. Sie initiiert Debatten und ist ein Forum für politische Streit- und Grundsatzzfragen.

In den vergangenen Monaten reichten die inhaltlichen Schwerpunkte vom Streben nach wirtschaftlichem Wachstum (4/2013) über die moderne Kriegsführung (3/2013) bis hin zur Russland-Krise (3/2014). Dreimal jährlich veröffentlicht die *IP* Länderporträts mit Daten, Fakten und Hintergründen zu Wirtschaft, Politik und Kultur. Im letzten Jahr standen Brasilien, Polen und die Türkei im Fokus, dieses Jahr sind es Mexiko und Russland.

Im Internet betreibt die *IP* zudem das *IP Journal*, ein englischsprachiges Online-Magazin, das deutsche Außenpolitik, Europapolitik und deutsche Standpunkte erklärt und vermittelt. Im *IP Journal* erscheinen Interviews mit Politikern und renommierten Autoren sowie Kommentare zu aktuellen politischen Kontroversen.



Die Mitarbeiter der Bibliothek beraten Sie gezielt bei der Auswahl von Fachliteratur und stellen Ihnen die wichtigsten Publikationen zusammen.



<https://zeitschrift-ip.dgap.org/de/>

DGAP in den sozialen Medien

Auf ihrer Webseite bündelt die DGAP seit Ende 2011 ihre Online-Angebote auf einer Plattform. Mit über 850 Einzelbeiträgen in 2013 stellt die DGAP einen kompetenten und täglich aktualisierten Wissenspool zu den relevanten Fragen und Themen der Außenpolitik bereit. Internationale Gäste können sich auf der englischen Internet-Präsenz informieren.

Die DGAP berichtet über ihre Arbeit auch in den sozialen Medien. Über Twitter teilt die DGAP Hinweise zu neuen Publikationen, Interviews und Gastbeiträgen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie zu Artikeln der Zeitschrift *IP – Internationale Politik* und dem *IP Journal*.

Bei Facebook sind die DGAP, die *Junge DGAP* sowie das *IP Journal* aktiv.



www.dgap.org

www.twitter.com/dgapev



www.facebook.com/dgapev



www.facebook.com/IPJournal



www.facebook.com/jdgap

Mit diesen Kommunikationsangeboten ist die DGAP auch für die Zukunft bestens gerüstet, um mit ihren Mitgliedern und außenpolitischen Akteuren ins Gespräch zu kommen und einen substanziellen Beitrag zur außenpolitischen Debatte in Deutschland, Europa und der Welt leisten zu können.

Die Mitglieder

DGAPgesellschaft

Die DGAP hat derzeit mehr als 2.500 Mitglieder. Darunter sind zahlreiche namhafte Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und den Medien.

Seit dem Umzug von Bonn nach Berlin im Jahre 1999 hat sich die Anzahl der Mitglieder nahezu verdoppelt. Mehr als die Hälfte der heutigen Mitglieder kommt aus der Region Berlin/Brandenburg. Die zweitgrößte Gruppe findet sich in Nordrhein-Westfalen.

Der Altersdurchschnitt der Mitglieder liegt derzeit bei knapp unter 50 Jahren. Bei den Neueintritten zeichnet sich eine deutliche Verjüngung ab: Der Altersdurchschnitt lag bei den neuen Mitgliedern im Jahr 2013 bei 34 Jahren. Allerdings ist die DGAP noch immer eine männliche Domäne, nur 16 Prozent ihrer Mitglieder sind weiblich.

Viele Mitglieder bleiben der DGAP lange treu. So konnten etwa Gabriele Henkel, Helga Haftendorn und Botschafter a.D. Wilhelm Haas 2013 auf eine 50-jährige DGAP-Mitgliedschaft zurückblicken.

Junge DGAP

2008 wurde die *Junge DGAP* ins Leben gerufen, die sich an ein politisch interessiertes Publikum bis 35 Jahre richtet. Heute gehören der *Jungen DGAP* gut ein Viertel aller DGAP-Mitglieder an.

Die *Junge DGAP* organisiert jährlich rund 65 zusätzliche Veranstaltungen, speziell für die jüngere Zielgruppe. Besonders beliebt ist das Mentorenprogramm, das junge DGAP-Mitglieder mit erfahrenen Mitgliedern zum vertieften Gedankenaustausch zusammenbringt. Die Möglichkeit, in der DGAP mitzuwirken und eigene Konzepte in die Arbeitsgruppen einzubringen, wird von den jungen Mitgliedern aktiv genutzt. Die Vernetzung ist hoch und geht mit verschiedenen Initiativen einher: So sind beispielsweise in einigen Städten Stammtische der *Jungen DGAP* ins Leben gerufen worden.

Ansprechpartner

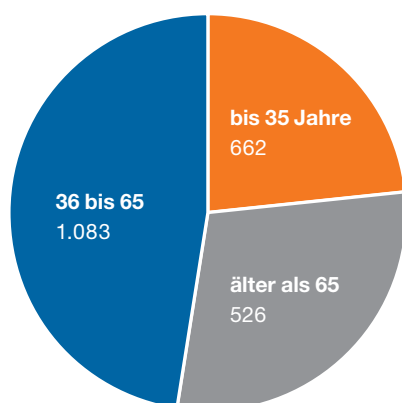
Venetin **Malim**, *Geschäftsstelle*

Robert **Hirsch**, *Vorsitzender*

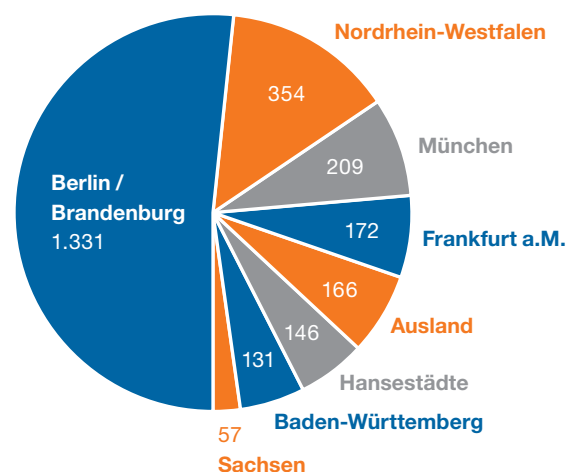
Christine **Kilian**, *stellv. Vorsitzende*

Konstantin **Rutz**, *stellv. Vorsitzender*

Altersverteilung
der Mitglieder



Regionale Verteilung
der Mitglieder



Förderer im Jahr 2013

* neue Förderer seit 2014

100.000€ und mehr

Airbus Group	BMW Stiftung Herbert Quandt	Otto Wolff-Stiftung
Auswärtiges Amt	Deutsche Bank AG	Robert Bosch Stiftung GMBH
	Dr. Arend Oetker	

25.000€ und mehr

Alfred Freiherr von Oppenheim Stiftung	The German Marshall Fund of the United States	Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
Dr. Ursula Braun	Huawei Technologies Deutschland GMBH*	Shell Deutschland Oil GMBH
Daimler AG	Stiftung Mercator	Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft e.V.
Jutta Freifrau von Falkenhausen	Sal. Oppenheim Stiftung	Zeit-Stiftung Ebelin und Gerd Bucerus

10.000€ und mehr

Roland Berger	Evonik Industries AG	Rheinmetall AG
Strategy Consultants GMBH	goetzpartners	Schubert & Salzer GMBH
Deutsche Post AG	Corporate Finance GMBH	Stiftung für Deutsch-Polnische Zusammenarbeit
Deutsch-Tschechischer Zukunftsfonds	KPMG AG	Fritz Thyssen Stiftung
Deutsche Telekom AG	Wirtschaftsprüfungsgesellschaft	Vontobel Holding AG
	Metro AG	

5.000€ und mehr

BASF SE	Daiwa Capital Markets Europe Limited	Lockheed Martin Corp.*	Rolls-Royce Deutschland LTD. & CO. KG
Bayer AG	E.ON SE	Deutsche Lufthansa AG	RWE AG
BMW Group AG	GIZ – Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit GMBH	MAN SE	Dr. Benno Schwarz
Robert Bosch GMBH	Dr. Martin Herrenknecht	Media Consulta International Holding AG	Siemens AG
BP Europa SE	Peter Jungen Holding GMBH	Dr. Arend Oetker Holding GMBH & CO. KG	SMS GMBH
Dr. Ursula Braun Stiftung	KfW Bankengruppe	Otto GMBH & CO. KG	ThyssenKrupp AG
Cassidian Optronics GMBH	KNAUF-Gruppe GUS	Philips Deutschland GMBH	Volkswagen AG
Commerzbank AG			Zeitverlag Gerd Bucerus GMBH & CO. KG

bis 5.000€

Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände e.V. (BDA)	Bundesverband der Deutschen Industrie e.V. (BDI)	Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V. (DIHK)	Dr. h.c. Walther Leisler Kiep
	Bundesverband Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen e.V. (BGA)	Eurojet Turbo GMBH	Peter Klöckner-Stiftung
			Tesat-Spacecom GMBH & CO. KG

Veranstaltungshöhepunkte 2013/14

Welche Partnerschaft möchte die EU mit ihren östlichen Nachbarn? Wie steht es um die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Asien? Darf Außenpolitik wertegeleitet sein? Im Rahmen von mehr als 200 hochkarätig besetzten Veranstaltungen hat die DGAP auch im vergangenen Jahr die zentralen weltpolitischen Entwicklungen begleitet und deren Auswirkungen für Deutschland und Europa analysiert.

Zu unseren Gästen in den vergangenen Monaten zählten hochrangige Persönlichkeiten, wie der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan, Bundestagspräsident Norbert Lammert oder die Präsidentin der Republik Kosovo, Atifete Jahjaga, neben vielen weiteren herausragenden Vertreterinnen und Vertretern aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Medien. Die DGAP ist eine wichtige Plattform, um diesen Entscheidern zuzuhören, mit ihnen zu diskutieren und ihre Ansichten zu hinterfragen.

Die *Junge DGAP* bietet verschiedene Veranstaltungsformate, die sich besonders an junge Berufstätige richten. So trafen die Mitglieder 2013 in Privatissima etwa Arend Oetker, Willi Lemke oder Klaus von Dohnanyi. Auch das Ambassador's Briefing erfreut sich großer Beliebtheit; bei diesem Format laden Botschafter anderer Länder zu einem Gespräch über aktuelle Themen ein.

Das Forschungsinstitut bildet zudem Graduierte und junge Berufstätige in speziellen Programmen weiter. Die Teilnehmer kommen neben Deutschland aus der ganzen Welt: in Europa vor allem aus Frankreich, Mittel- und Osteuropa einschließlich Russland, aus dem

Mittelmeer-Raum, dem Nahen Osten, dem südlichen Kaukasus sowie aus Amerika und Asien. Seit 2011 liegt ein regionaler Schwerpunkt auf Teilnehmern aus Marokko, Tunesien, Ägypten und der Türkei.

Insgesamt reicht die Palette an Veranstaltungsformaten von Expertengesprächen über Vorträge, Podiumsdiskussionen, international besetzte Fachkonferenzen bis hin zu Mitgliederreisen. Damit verfolgt die DGAP unterschiedliche Ziele: Zum einen werden aktuelle Themen aufgegriffen und mit einer breiten Öffentlichkeit erörtert. Studiengruppen und Gesprächskreise dienen hingegen dem kontinuierlichen Austausch von Experten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft. Im Rahmen regelmäßiger Kamingespräche diskutieren darüber hinaus die wissenschaftlichen Mitarbeiter der DGAP im offenen Dialog mit den Mitgliedern über jüngste Entwicklungen der internationalen Politik.

Die Veranstaltungen der DGAP finden sowohl am Hauptsitz in Berlin als auch in den DGAP-Foren in Nordrhein-Westfalen, in den Hansestädten, in Frankfurt a.M., Stuttgart, München, Dresden und Leipzig statt. Einen Eindruck über die Veranstaltungsagenda 2013/14 vermitteln Ihnen die folgenden Seiten.

29. Januar 2013

Indien und Europa: Strategische Zusammenarbeit und Mitbestimmung auf der Weltbühne



Indiens amtierender Außenminister Shri Salman Khurshid berichtet über die deutsch-indischen Regierungskonsultationen.

„Deutschland ist für uns ein Schlüsselpartner und ein Zugang zur großen EU“, sagte Indiens amtierender Außenminister Shri Salman Khurshid bei seinem Deutschland-Besuch, der als weiterer Schritt zur Vertiefung der strategischen Partnerschaft beider Länder angesehen wurde. In seiner Rede mit anschließender Diskussion betonte Khurshid die gemeinsamen Interessen, vor allem bezüglich der Reform der Vereinten Nationen (UN). Diese sei ein zentrales Vorhaben, das Deutschland und Indien gemeinsam vorantreibe. Es gehe für Indien nicht nur darum, ständiges Mitglied im Sicherheitsrat zu werden: „Wir müssen das gesamte UN-System der Realität anpassen.“ Mehrere Zuhörer sprachen den Außenminister zudem auf Indiens unruhige Nachbarschaften an. Es sei Neu-Delhi ein ernsthaftes Anliegen, diese Konflikte dauerhaft zu befrieden, ob im Verhältnis zu Pakistan oder in Afghanistan, so Khurshid. Den großen Nachbarn China betrachte man sowohl als Rivalen wie auch als Partner: „Wir haben zwar für viele Fragen wie Grenzstreitigkeiten noch keine Lösung – aber wir haben einen Weg gefunden, darüber zu sprechen.“

17. April 2013

„Europa braucht Gestalter statt Getriebene“



Der Politologe und Publizist Alfred Grosser appelliert an deutsche und französische Berufseinsteiger und Doktoranden.

Angesichts der Schuldenkrise in Europa verstärken sich die Spannungen zwischen Berlin und Paris. Über die Lage der deutsch-französischen Beziehungen sprach der Politologe und Publizist Alfred Grosser beim deutsch-französischen Frühstücksgespräch mit ehemaligen Teilnehmern des Deutsch-Französischen Zukunftsdialogs. Grosser betonte dabei, dass in Krisenzeiten die Vermittlungsarbeit zwischen beiden Ländern besonders wichtig sei, um die europäische Integration nicht zu gefährden. „Paris und Berlin verfolgen aber keine klare politische Linie“, konstatierte Grosser. Diskussionsteilnehmer regten zudem an, dem Weimarer Dreieck – bestehend aus Deutschland, Frankreich und Polen – künftig eine stärkere Rolle zuzuweisen. „Die Zusammenarbeit im Weimarer Rahmen muss aber offen bleiben für weitere Partner wie Tschechien“, betonte Grosser.

Der Deutsch-Französische Zukunftsdialog wird von der DGAP gemeinsam mit dem Institut français des relations internationales (Ifri) und der Robert Bosch Stiftung organisiert. Das Programm führt jährlich 20 Nachwuchskräfte aus Deutschland und Frankreich zusammen.

6. Mai 2013 „Unter Drei“ mit Ulrich Deppendorf



Ulrich Deppendorf, Leiter und Chefredakteur im ARD-Hauptstadtstudio, im Gespräch mit der Jungen DGAP.

Einer der profiliertesten Beobachter des politischen Geschehens in Deutschland war Gast der *Jungen DGAP*: Ulrich Deppendorf, Leiter und Chefredakteur im ARD-Hauptstadtstudio. Seinen langjährigen Erfahrungsschatz nahm die *Junge DGAP* zum Anlass, um in einem Gespräch „unter Drei“ über die Außenpolitik in der zweiten Amtsperiode der Kanzlerschaft Merkel zu sprechen. So stand zunächst die vermeintlich umstrittenste außenpolitische Entscheidung Merkels im Fokus: die Libyenkrise. Wie es zur Entscheidungsfindung der deutschen Position in der Libyen-Krise kam und welche Grundsätze die Kanzlerin dabei leiteten, waren einige der Fragen, zu denen Ulrich Deppendorf seine Einschätzung gab. In der Syrienkrise würde die Bundesregierung einen besonnenen Politikstil betreiben, um nicht „am Ende auf der falschen Seite zu stehen, so wie im Libyen-Einsatz“, so Deppendorf. Der Journalist griff immer wieder auf eigene Erlebnisse und Informationen zurück, die ein spannendes Bild der Entscheidungsgrundlage und Beweggründe zeichneten.

14. Mai 2013 „Ein Grundstein für unser heutiges Europa“



Bundestagspräsident Norbert Lammert und der damalige tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg würdigen die Arbeit des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds.

Mit einem Festakt zum 15-jährigen Bestehen des Deutsch-Tschechischen Zukunftsfonds würdigten der damalige tschechische Außenminister Karel Schwarzenberg und der deutsche Bundestagspräsident Norbert Lammert die Beziehungen zwischen Deutschland und Tschechien.

Lammert und Schwarzenberg unterstrichen die Leistung, die die Gesellschaften beider Länder seit 1997 und der deutsch-tschechischen Erklärung erbracht hätten. Der damals gegründete Zukunftsfonds und das Gesprächsforum erhielten dabei den Auftrag, das belastete Verhältnis zu verbessern und auszubauen. „Diese historische Aufräumarbeit wurde eindrucksvoll geleistet und damit ein Grundstein gelegt für unser heutiges Europa“, betonte Schwarzenberg.

Mitglieder des Gesprächsforums zeichneten den nicht immer leichten, aber letztlich erfolgreichen Weg des Dialogs zwischen beiden Ländern nach. Heute könnten wir auf einem ganz neuen Niveau zusammenarbeiten, „weil wir unsere Lektionen gelernt haben“, sagte Norbert Lammert.

12. Juni 2013

EU-Annäherung ist für Serbien Priorität



Suzana Grubješić, ehemalige stellvertretende Premierministerin der Republik Serbien und Europa-Ministerin der Belgrader Regierung.

„Wir könnten schon morgen Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnehmen“, sagte Suzana Grubješić, ehemalige stellvertretende Premierministerin der Republik Serbien, bei einem Vortrag in der DGAP. Mit den nötigen Reformen sei man weit vorangekommen und bereit, im Herbst mit Gesprächen zu beginnen. Alles hänge nun von der Kosovo-Frage ab, so Grubješić, die zudem Europa-Ministerin der serbischen Regierung war.

Grubješić unterstrich die Bereitschaft Belgrads, die Beziehungen zu Kosovo zu normalisieren, wie es von der EU gefordert wird. In den vorausgehenden Monaten hatte Serbien bereits entscheidende Fortschritte bei der Annäherung an die Europäische Union gemacht. Seit Mai 2012 ist das Land offiziell Beitrittskandidat. Im April 2013 empfahl die EU-Kommission, mit Belgrad Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Ihr Land setze voll und ganz auf die EU-Integration, sagte Grubješić: „Serbien könnte keine bessere Wahl treffen, es wird seine Chance nutzen.“

17. Juni 2013

Macht, Moral und Menschenrechte



Der Historiker Heinrich August Winkler bei der Vortragsreihe „Werte und Interessen in der Außenpolitik“.

Ob in den Beziehungen zu China oder zu Russland: Immer stehen westliche Regierungen vor dem Dilemma, dass sich die politische Praxis nicht mit den eigenen normativen Grundlagen deckt. Diese Thematik hatte jüngst die ZEIT aufgegriffen und wurde von Eberhard Sandschneider mit der These kritisiert, eine oft moralisierende Werterhetorik schade der deutschen Außenpolitik. Der Historiker Heinrich August Winkler führte die Diskussion in der DGAP fort und stellte das Thema in den historischen Kontext. Eine Auseinandersetzung über Werte und Interessen in der deutschen Außenpolitik beträfe nichts Geringeres als das politische Selbstverständnis einer, historisch gesehen, immer noch jungen westlichen Demokratie, so Winkler. Im Kern der Debatte ginge es um die Frage, ob eine „zu starke Orientierung an historischer Kontinuität und einem überfrachteten Wertediskurs“ die deutsche Außenpolitik daran hindere, „schnell und effizient auf neue Herausforderungen zu reagieren“, wie Eberhard Sandschneider meinte. ZEIT-Redakteur Jörg Lau hielt dagegen, dass die Absage an ein vermeintliches Übermaß an Moral in der Außenpolitik auf eine unwürdige und zudem zwecklose „Diktatorenknutscherei“ hinauslaufe.

IP-Artikel <http://on.dgap.org/WinklerDebatte>

21. Juni 2013

Eröffnung DGAPforum Baden-Württemberg



Der chinesische Botschafter Shi Mingde mit DGAP-Generalsekretär Paul Freiherr von Maltzahn bei der feierlichen Eröffnung in der Robert Bosch Stiftung.

Um die Präsenz im Südwesten Deutschlands zu stärken, ist im Sommer 2013 das *DGAP-Forum Baden-Württemberg* gegründet worden. Geleitet wird das neue Regionalforum von dem ehemaligen Stuttgarter Oberbürgermeister Wolfgang Schuster. „Da Stuttgart eine weltweit vernetzte Stadt ist, war mir die Verbindung von Lokalem und Globalem immer schon ein Anliegen“, begründete Schuster sein Engagement bei der feierlichen Eröffnung in Stuttgart. Er freute sich auf eine lebendige Plattform für Außenpolitik, zumal Baden-Württemberg das internationalste aller deutschen Bundesländer sei. Die Festrede hielt der chinesische Botschafter Shi Mingde über Ziele und Interessen chinesischer Außenpolitik sowie die deutsch-chinesischen Beziehungen.

19.–29. August 2013 EUMEF-Sommerschule in der DGAP



Junge Experten aus der EU, der Türkei und Nordafrika diskutieren bei der Sommerschule des *EU-Middle East Forum (EUMEF)*.

Jeden Sommer lädt das *EU-Middle East Forum (EUMEF)* 30 hochqualifizierte Studierende und Graduierte aus dem arabischen Raum und Europa für zwei Wochen zur Internationalen Sommerschule in die DGAP nach Berlin ein. Die angehenden Wissenschaftler, Politiker, Vertreter der Zivilgesellschaft und Journalisten treffen dort mit renommierten Experten zusammen und diskutieren die sicherheits- und entwicklungspolitischen Herausforderungen Nordafrikas und des Nahen Ostens. Dieses Jahr debattierten die Teilnehmer über die aktuelle politische Lage in der Region. Sie warfen einen Blick auf den staatlichen Umbau in Tunesien, Ägypten und Marokko und diskutierten über den Prozess der Verfassungsgebung, die Möglichkeit gesellschaftlicher Teilhabe sowie die Rolle des Militärs und des Islam in der Politik. Partner des Programms sind die Robert Bosch Stiftung, das Institut für Auslandsbeziehungen und das Auswärtige Amt.

2. – 20. September 2013 Neuer Jahrgang des Carl Friedrich Goerdeler-Kollegs



Rainer Stinner, ehemaliger außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, mit Günter Verheugen, Vizepräsident der EU-Kommission a.D.

Bei der Eröffnung des Jahrgangs 2013 des Carl Friedrich Goerdeler-Kollegs für Good Governance diskutierten Günter Verheugen und Rainer Stinner mit Nachwuchskräften aus Osteuropa und der Türkei über die Perspektiven der europäischen Außen- und Innenpolitik. Günter Verheugen, Vizepräsident der EU-Kommission a.D., und Rainer Stinner, ehemaliger außenpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion, forderten einhellig, die EU müsse in ihren Außenbeziehungen verbindlicher werden und gleichzeitig stärker auf die Bedürfnisse ihrer Partnerländer eingehen. In Bezug auf die EU-Außenpolitik sparten beide Redner nicht an Kritik gegenüber Brüssel, scheuten sich aber auch nicht, die Mitgliedsländer mit klaren Worten an ihre Verpflichtungen zu erinnern.

Das Carl Friedrich Goerdeler-Kolleg für Good Governance ist ein Programm der Robert Bosch Stiftung und wird in Zusammenarbeit mit der DGAP durchgeführt. Das Kolleg qualifiziert die nächste Generation von Führungskräften aus Osteuropa, Russland, dem Südkaukasus und der Türkei und unterstützt verantwortungsvolles und nachhaltiges Handeln im öffentlichen Sektor dieser Länder. Günter Verheugen begleitet die Gruppe als Kollegdirektor.

7. Oktober 2013 Georgien weiter auf Westkurs



Für Georgiens Außenministerin Maia Panjikidze hat die europäische und euro-atlantische Integration die höchste Priorität.

Georgiens Außenministerin Maia Panjikidze sprach in der DGAP über Reformen und die außenpolitischen Ziele ihres Landes. Dabei entspreche die Modernisierung von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft der außenpolitischen Annäherung an EU und NATO. Daran ließ Panjikidze in ihrer Rede keinen Zweifel. Das auf dem Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft im November unterzeichnete Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Georgien wurde in Tiflis als großer Erfolg gewertet. Ein weiteres Thema war das belastete Verhältnis zu Russland. „Dass Russland der Schlüssel zur Lösung vieler unserer Probleme ist, bezweifelt niemand“, sagte die Ministerin. Ihre Regierung bemühe sich, das russisch-georgische Verhältnis zu verbessern. Eine Liberalisierung der Visabestimmungen durch Brüssel sei für Georgien eine herausragende Vereinbarung, die für den Zusammenhalt des Landes stehe. Das Kalkül der georgischen Führung sei es, dass sich die Menschen in den seit 2008 abgetrennten Territorien Abchasien und Südossetien wieder Georgien zuwenden, wenn sie die georgische Staatsangehörigkeit mit einer europäischen Perspektive in Verbindung bringen.

24. Oktober 2013 „Kosovo will Europa bereichern“



Atifete Jahjaga wurde 2011 zur Präsidentin gewählt.

Atifete Jahjaga, Präsidentin der Republik Kosovo, unterstrich den Willen der Kosovaren, eines Tages der EU beizutreten: „Unsere Identität ist europäisch.“ In ihrer Rede und der anschließenden Diskussion forderte Jahjaga von der EU, ihre Visapolitik zu lockern. Der Weg in die Union sei die einzige Option für das Land, sich zu entwickeln. „Eines Tages werden wir Teil der EU. Dann haben es unsere Bürger nicht mehr nötig, vor Gewalt und Armut in andere Länder zu fliehen.“ Dazu unternehme Kosovo erhebliche Reformanstrengungen. Mit der Aufnahme von Verhandlungen über ein Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen mit der Europäischen Union könnte schon bald der Grundstein für eine künftige EU-Mitgliedschaft des Kosovo gelegt werden. „Die EU-Agenda ist das einzige politische Vorhaben, das – über die Grenzen aller Bevölkerungsgruppen hinweg – landesweit auf Zustimmung stößt.“ Größtes außenpolitisches Problem für Kosovo bleibe das Verhältnis zu Serbien. Jahjaga fordert in ihrer Rede von Serbien, den 2011 begonnenen Dialog nun auch mit Taten zu untermauern.

22. November 2013 Memorandum „Über den Vilnius-Gipfel hinausdenken“



Die deutsch-polnische Task-Force stellt ihr Memorandum vor (v.r.n.l.): Karsten D. Voigt, Adam D. Rotfeld, Rita Süßmuth, Andrzej Olechowski und Rainer Steenblock.

Die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens zwischen der EU und der Ukraine in Vilnius ist im November 2013 geplatzt. Es sollte die Ukraine politisch und wirtschaftlich enger an die EU anbinden. Im Vorfeld des EU-Gipfels hatte eine deutsch-polnische Task-Force in der DGAP ein Memorandum vorgestellt, in dem sie ihre Regierungen aufforderte, das Engagement für die östliche Nachbarschaftspolitik der EU zu verstärken. Die Task-Force Östliche Partnerschaft besteht aus hochrangigen deutschen und polnischen Politikern. Im Memorandum fordert sie, dass von dem Gipfel im litauischen Vilnius trotz allem ein Signal des Aufbruchs ausgehen müsse. Die Gruppe plädierte dafür, dass das Angebot der EU an die Ukraine in Form des Abkommens für eine künftige Unterzeichnung auf dem Tisch bleibe. Vor allem aber müsse die EU verstärkt um Investitionen in den Anrainerländern werben, um die hohen Kosten der Transformation abzumildern. Anderenfalls drohe die Gefahr, dass die Bevölkerung die Schuld für soziale Verwerfungen bei der EU sehe.

DGAPstandpunkt

<http://on.dgap.org/UeberVilniusHinausdenken>

3. Februar 2014

„Nuklearwaffen würden unsere Sicherheit nicht erhöhen“



Irans Außenminister Mohammad Javad Zarif auf PR-Tour in Deutschland, um über den neuen außenpolitischen Kurs seines Landes und die Atomverhandlungen zu sprechen.

Irans Außenminister Mohammad Javad Zarif setzte seine Kommunikationsmission zum neuen Politikstil des Iran in Berlin fort. Nachdem er bereits auf der Münchner Sicherheitskonferenz gesprochen hatte, hielt er eine Rede in der DGAP und stellte sich den Fragen der Zuhörer. Er sprach dabei über den neuen außenpolitischen Kurs seines Landes und die Atomverhandlungen. „Kernwaffen ergeben für Iran strategisch keinen Sinn“, versuchte Zarif das Misstrauen gegenüber den Nuklearaktivitäten seines Landes zu zerstreuen. Im Gegenteil, sie würden die Sicherheit und die Rolle Irans in der Region unterminieren. Zarif räumte ein, dass es einen „großen Mangel an Vertrauen“ gebe, und zwar auf allen Seiten. Teheran wolle mit dem Westen zusammenarbeiten, um eine „dauerhafte, nachhaltige Lösung“ zu finden. Der Iran wolle so schnell wie möglich mit der 5 + 1 Gruppe – bestehend aus den fünf UN-Vetomächten und Deutschland – zu einer Lösung bei den Verhandlungen kommen. Eine Einigung könne in den nächsten sechs Monaten erreicht werden, so der iranische Außenminister.

4. Februar 2014

„Die EU braucht die Türkei“



Der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan wies Kritik an seinem Umgang mit der Korruptionsaffäre in der Türkei und der Protestbewegung im vergangenen Sommer zurück.

„Die globale Finanzkrise, der Arabische Frühling, die Ereignisse in Syrien und Ägypten haben gezeigt, dass nicht die Türkei die EU braucht, sondern die Europäische Union die Türkei“, erklärte der türkische Ministerpräsident Recep Tayyip Erdoğan. Vor 300 Gästen und Medienvertretern sprach der türkische Premier zum Thema „Türkei, Europa und die Welt im 21. Jahrhundert“. Dabei bekräftigte Erdoğan die türkischen Ambitionen der EU beizutreten, allein schon aus geopolitischen Gründen. In der Diskussion hakte Dr. Sylke Tempel, Chefredakteurin der Zeitschrift *IP*, zur innenpolitischen Situation des Landes kritisch nach. Zum Umgang mit den Protesten im Gezi-Park verteidigte Erdoğan das harte Vorgehen gegen Demonstranten damit, dass „die Mehrheit nicht durch eine Minderheit unterdrückt“ werden dürfe. Auch den Korruptionsskandal habe man im Griff: Das Problem der „Parallelstrukturen in Justiz, dem Sicherheitsapparat und anderen Behörden“ werde zurzeit „gelöst“, so Erdoğan, ohne die Gülen-Bewegung beim Namen zu nennen.



DGAP
Deutsche Gesellschaft
für Auswärtige Politik e.V.
German Council on
Foreign Relations



Im vergangenen Jahr wurden insgesamt dreizehn DGAPanalysen, sechs DGAPkompakt und neun DGAPstandpunkte publiziert. Ab Sommer 2014 veröffentlicht die DGAP ihre Publikationen im optimierten Erscheinungsbild. Inhaltlich und optisch konzentriert sich das neue Gestaltungskonzept auf das Wesentliche: **Klare Vermittlung von substanziellen Informationen.**

Außenpolitik vermitteln – das DGAPforschungsinstitut

Unter dem Dach der DGAP arbeiten im Forschungsinstitut über 30 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Als Berater, Impulsgeber und Netzwerker forschen sie praxisorientiert zur Zukunft der EU sowie zu Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik im europäischen und globalen Kontext.

In den einzelnen Forschungsprogrammen haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter 2013 insgesamt 45 Projekte betreut.

2013/14 hat das Forschungsinstitut sein Netzwerk externer, aber der DGAP angebundener wissenschaftlicher Mitarbeiter weiter ausgebaut. Mittlerweile erweitern 30 so genannte *Associate Fellows* die Expertise der DGAP und vergrößern die Sichtbarkeit des Think-Tanks.

Als unabhängiges Forschungsinstitut möchte die DGAP aktuelle Diskussionen anstoßen und fundierte Analysen des Zeitgeschehens liefern. In zahlreichen

Fachkonferenzen, Gesprächskreisen und Projektgruppen sowie nicht zuletzt mit der Medienkommentierung gestalten und schärfen die Experten die Debatte in der außenpolitischen Community und bringen ihre Expertise in die öffentliche Diskussion ein.

Aus den inhaltlichen Schwerpunkten des Forschungsinstituts lesen Sie auf den folgenden Seiten ausgewählte Beiträge zu den Themen Werte und Interessen der deutschen Außenpolitik, Konditionalität in der EU-Nachbarschaftspolitik, Europas innere Verfasstheit und dem NSA-Skandal.



Keine Panzer für Riad – vor dem Reichstag in Berlin fordern Demonstranten das Ende der Waffenlieferungen an autoritäre Regime.

Werte und Interessen in der deutschen Außenpolitik

Eberhard Sandschneider

Werte sind per Norm festgeschriebene Moralvorstellungen und Regelsysteme. Als solche prägen sie die Politik eines jeden Staates – sowohl innen – als auch außenpolitisch. Und häufig stehen solche Wertvorstellungen nicht nur in Konkurrenz zu anderen Wertekonzeptionen, sondern auch zu den tatsächlichen oder vermeintlichen Interessen des eigenen Staates.

Die Debatte um das Spannungsverhältnis von Werten und Interessen in der deutschen Außenpolitik bricht schon aus diesem Grunde in schöner Regelmäßigkeit immer wieder aus. Manchmal reicht ein Ereignis in der internationalen Politik, manchmal auch nur ein Zeitungsartikel, der die „bösen“ Interessen geißelt und die „guten“ Werte als zentrale Richtlinie von Außenpolitik anmahnt.

Bei solchen Debatten geht es nicht nur um Definitionen. Es geht auch um die Form der außenpolitischen Entscheidungsfindung und ihre innenpolitische Absi-

cherung. Es geht um Prioritäten deutscher und letztlich auch europäischer Politik und um Ziele, Formate und Instrumente außenpolitischer Einflussnahme. Nicht zuletzt geht es um die Glaubwürdigkeit von Außenpolitik im globalen Wettbewerb.

Um diese Debatten in ihrer politischen Bedeutung einzuschätzen, kann man zunächst festhalten, dass Wertedebatten sicherlich notwendig, aber prinzipiell nicht konsensfähig sind. Kompromisse lassen sich eigentlich nie erzielen. Wer Wertepolitik betreibt, muss aufs Ganze gehen. Kompromisse etwa nach dem Motto „60 Prozent meiner Werte und 40 Prozent deiner Werte“ sind ausgeschlossen. Wie sollten solche Kompromisse auch in der Sache aussehen? Damit verlaufen Wertedebatten zwangsläufig anders als praktisch alle anderen Formen politischer Entscheidungsfindung, in denen Kompromisse als notwendige Grundlage der Konfliktlösung angestrebt werden müssen.

Debatten um Werte sind nicht konsensfähig

Schon deshalb kann man festhalten, dass Wertedebatten polarisieren. Und sie provozieren im innenpolitischen Diskurs in der Regel sehr schnell Applaus für diejenigen, die gekonnt den politisch vermeintlich korrekten Zeitgeist beschwören. Wer in solchen Debatten auf Werte setzt und ihre Umsetzung mit markigen Worten anmahnt, kann sich des breiten Zuspruchs in der Öffentlichkeit sicher sein. Kritische Einschätzungen der politischen Nutzbarmachung von Wertedebatten werden allzu leicht in die Nähe von Werteverleugnung gerückt. Wer auch für Interessen als Orientierungsrichtlinie eintritt, hat es viel schwerer und muss in der Regel per förmlicher Erklärung bekunden, dass er sich dennoch mit beiden Füßen auf dem Boden der freiheitlich demokratischen Grundordnung bewegt.

In den vergangenen Jahren haben offizielle Vertreter der deutschen Außenpolitik – angeführt von dem ehemaligen Außenminister Guido Westerwelle – mit Nachdruck propagiert, Deutschland verfolge eine „wertegeleitete Außenpolitik“. Alles, was sich aus diesen Bekundungen herauslesen lässt, klingt wunderbar und entspricht den üblichen Vorgaben für politische Korrektheit.

Dennoch gilt es hier Widerspruch anzumelden. Das Hauptproblem einer wertegeleiteten Außenpolitik liegt in ihrer Verlogenheit. Wer Werte vollmundig propagiert und sich ständig dabei erwischen lässt, dass er sie selbst auf das schwerste verletzt, schadet nicht nur seiner eigenen Glaubwürdigkeit, sondern auch den Werten, die er vermeintlich vorgibt schützen und verbreiten zu wollen. Deutschlands Eintreten für Regeln von Good Governance, den Schutz der Menschenrechte und die Liberalisierung autokratischer Regime steht nun einmal in einem deutlichen Kontrast zu Waffenlieferungen an das sicherlich nicht demokratische System in Saudi-Arabien. Für manch eine Form der notwendigen politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit anderen nicht-demokratischen Systemen gilt dies gleichermaßen.

Wer sich darum bemüht, den immer wieder etwas notleidenden Wertediskurs auf eine belastbare Basis zu stellen, sollte die nachfolgenden Überlegungen beherzigen:

Zunächst kann man festhalten, dass das Spannungsverhältnis von Werten und Interessen kein spezifisch deutsches Problem ist. Längst haben Politikwissenschaftler für dieses Phänomen auch einen Begriff gefunden: „Organized Hypocrisy“ – organisierte Heuchelei – nennt Stephen Krasner, einer der Vordenker von realistischen Theorien internationaler Politik, dieses Verhalten von Staaten. Doppelte Standards im Abgleich zwischen Werten und Interessen sind bei allen Staaten an der Tages-

ordnung und führen zu Glaubwürdigkeitslücken, die am Ende den propagierten Werten mehr schaden als nützen.

Der vermeintliche Widerspruch zwischen Werten und Interessen ist widersinnig und führt zu einem künstlichen Gegensatz zwischen Idealisten und Realisten, unter dem am Ende Werte und Interessen gleichermaßen leiden. Die Trennung von Werten und Interessen unterstellt eine Scheindifferenz, die sich trefflich für Polemiken eignet, aber in der Sache nur wenig zur Bewältigung außenpolitischer Herausforderungen



Angela Merkels Außenpolitik nimmt für sich in Anspruch, „interessengeleitet und wertegebunden“ zugleich zu sein. Hier mit Wladimir Putin bei einem Rundgang über die Hannover Messe im April 2013.

beiträgt. Wenn Werte und Interessen aufeinandertreffen, gibt es keine automatischen Antworten – weder für die eine, noch für die andere Seite. Schwarz-weiß-Reaktionen sind immer schädlich. Ohne Flexibilität in der Abwägung und Umsetzung von Werten und Interessen verkommt Außenpolitik zur Ideologie.

Interessengeleitet und wertegebunden zugleich

Werte und Interessen gehören also zum selbstverständlichen Grundbestand einer jeden Außenpolitik. Wer beides mit Erfolg vertreten will, darf nicht nur die eigene Weltsicht im Blick haben; er muss auch wissen, wie andere Teile der Welt funktionieren, welche Traditionen, Werte, Verhaltensmuster und kulturelle, politische und ökonomische Rahmenbedingungen andere Staaten und Nationen in ihrem Verhalten prägen. Hier versagt der Westen auf breiter Front. Die doppelte Belastung aus Inkompetenz und Überheblichkeit verhindert dauerhaft eine erfolgreiche Außenpolitik und damit auch einen Erfolg bei der Verbreitung westlicher Werte.

Häufig bleibt ein weiterer Gesichtspunkt unberücksichtigt: Außenpolitik ist nie monothematisch. Sie kann nur dann erfolgreich sein, wenn sie einer Politik der Prioritätensetzung innerhalb des jeweiligen Interessenspektrums folgt. Dabei muss die Ausgestaltung jeweils situations- und akteurspezifisch neu definiert werden und im innenpolitischen Diskurs zu legitimieren sein. Entsprechend muss Außenpolitik arbeitsteilig sein. Laute Kritik und stilles Verhandeln zur Verbesserung von Menschenrechten sind kein Widerspruch, sondern sich notwendig ergänzende Strategien im Umgang mit Regimen, die Menschenrechte verletzen. Das setzt den Verzicht auf moralinsaure Vorwürfe, moralische Besserwisserei und auf verantwortungslose Schlagzeileiligkeit voraus.

Überdies führt kein Weg an der Einsicht vorbei, dass die Zeiten westlicher Werte- und Regeldominanz vorbei sind. Machtverschiebungen, wie wir sie derzeit beobachten und durchleben, gehören einerseits zu den selbstverständlichen und legitimen Entwicklungen der internationalen Politik. Sie führen andererseits dazu, dass Interessenkonflikte schärfer werden und Wertegegensätze offen und teilweise konfrontativ aufeinanderprallen. Der Westen muss sich daran gewöhnen, dass der Aufstieg neuer Mächte die Neubestimmung globaler Machtverteilung und damit auch wachsende Wertekonflikte mit offenem Ausgang zur Folge hat.

Und schließlich darf man nicht übersehen, dass Moralisieren immer analysefern ist. Das Spannungsverhältnis zwischen Moral und Analyse bleibt Charakteristikum einer jeden außenpolitischen Entscheidung, insbesondere dann, wenn durch moralische Argumente

versucht wird, die fehlende Analysekompetenz zu überlagern. Anders und etwas provokativer formuliert: Wer keine Ahnung hat, verlegt sich gerne aufs Moralisieren. Dabei gerät schnell in Vergessenheit, dass jede außenpolitische Entscheidungssituation eine Situation sui generis ist und als solche behandelt werden muss. Das setzt Wissen und Hintergrundinformationen voraus, die im Abgleich mit eigenen Wertepositionen zu Entscheidungsalternativen führen, die der Begründung, der demokratischen Legitimierung und der handwerklich kompetenten Umsetzung bedürfen.

Die Wertedebatte muss kontinuierlich geführt werden

Die Diskussion um Deutschlands außenpolitische Strategie kann deshalb kein einmaliger Kraftakt sein, der endlich einmal durchgestanden werden muss, damit am Ende alles gut wird. So funktioniert Außenpolitik nur im Elfenbeinturm. Stattdessen handelt es sich nicht um eine auf ein Produkt (etwa ein Weißbuch) ausgerichtete Fundamentaldebatte, sondern um eine Daueraufgabe, die im Diskurs Positionen abgleicht, weiterentwickelt und gegebenenfalls neu ausrichtet. Normative Konstanten, die anderen Akteuren die Lesbarkeit und damit auch die Berechenbarkeit deutscher Außenpolitik vermitteln, muss man deswegen keineswegs aufgeben. Entscheidend ist die Schaffung von Optionsräumen, um mit unterschiedlichen Herausforderungen adäquat umgehen zu können.

Halten wir fest: Wichtig ist an dieser Debatte nur eines – dass sie als Debatte geführt wird, ohne moralische Vorwürfe, ohne Anspruch auf allein seligmachende Positionen und auch ohne die Erwartung, dass sie zu einer einmaligen, in einem Weißbuch Außenpolitik festgelegten Grundsatzposition führt, die dann deutsche Außenpolitik für alle Zukunft bestimmt. Wichtig an dieser Debatte ist der offene Diskussionsprozess, der es erlaubt zu widersprechen, zu reagieren und die Grundlagen deutscher Außenpolitik beständig in Reaktion auf die sich verändernde Umwelt weiterzuentwickeln. Und wichtig ist, dass diese Debatte kontrovers bleibt, weil sie nur dann zu einsichtigen Lösungen beitragen kann – ohne den moralisierenden Unterton, der ihr heute noch zu oft anhaftet. Wichtig ist, dass alle „Stakeholder“ an ihr beteiligt sind, ohne einen fehlenden Diskurs durch wechselseitige Beschimpfung zu ersetzen. Und wichtig ist die Wahrung des Wertes, ohne den keine Demokratie dauerhaft existieren kann: die Anerkennung abweichender Meinungen.



Arrangiert sich die EU mit Autokraten und Halbdemokraten? Bei ihrem Besuch in Teheran trifft Catherine Ashton auf Ali Shamkhani, den Sekretär des Obersten Nationalen Sicherheitsrats des Iran.



150 zivilgesellschaftliche Organisationen aus der südlichen Nachbarschaft und Europa tauschen sich im April 2014 mit EU-Erweiterungskommissar Štefan Füle beim ersten EU-Southern Neighbourhood Civil Society Forum aus.

Das Ende der Konditionalität – die EU braucht neue Instrumente

Christian AchRAINER, Ewald BöHLKE, Maria DavyDCHYK, Gereon Schuch und Katrin Sold

Konditionalität als erfolgreiches Instrument der Erweiterungspolitik

Die Erweiterung der Europäischen Union ist ein politisches Erfolgsprojekt. Wenngleich der EU-Beitritt für einige Länder ökonomisch, gesellschaftlich und sozial nicht immer einfach war. Die Gründerväter hatten die Vision eines geeinten Kontinents: In Europa sollte grenzüberschreitend Frieden, Freiheit und Wohlstand herrschen. Die Nachbarländer fanden dieses Konzept so attraktiv, dass sie bereit waren, für einen Beitritt ihre nationale Verfasstheit den Regeln der politischen Gemeinschaft anzupassen. Es entwickelte sich das Prinzip der Konditionalität: Die Beitrittskandidaten mussten einen Katalog von Angleichungsschritten auf nationalstaatlicher Ebene umsetzen, um am Ende dieses Prozesses die ersehnte Mitgliedschaft in der politischen Gemeinschaft Europas zu erlangen. Im Rahmen der

Annäherungs- und Erweiterungsverhandlungen besaß die Gemeinschaft damit ein effektives Instrument, um Reformen und Anpassungen einzufordern.

Sowohl die postautoritären Staaten Südwesteuropas als auch die postkommunistischen Staaten Mitteleuropas fanden auf diesem Weg in die heutige EU. Auf dem Westbalkan streben weitere Staaten nach einer Mitgliedschaft und müssen die Regeln befolgen. Da in den Beitrittsländern große – wenngleich aus heutiger Perspektive unrealistische – Hoffnungen einer raschen Anpassung an das westeuropäische Wohlstandsniveau herrschten, waren die Bevölkerungen bereit, tiefgreifende gesellschaftliche und soziale Reformen in Kauf zu nehmen und ihre Regierung bei deren Umsetzung zu unterstützen. Denn sowohl für die politischen Eliten als auch für die Bevölkerungen war klar: Am Ende steht die Mitgliedschaft.

Grenzen der Konditionalität

So erfolgreich das Instrument der Konditionalität im Verlaufe der EU-Erweiterung gewesen ist – so wirkungslos wurde es mit Erlangen der Mitgliedschaft. Immer wieder zeigt sich, dass der Europäischen Kommission geeignete flexible Instrumente fehlen, um in Mitgliedstaaten die Einhaltung rechtsstaatlicher Grundsätze zu



Eine Menschenmenge im Mai 2013 in Chişinău. Auf ihren Plakaten bekennt sie sich zur Annäherung der Republik Moldau an die EU.

gewährleisten. An diesem Punkt setzt die gemeinsame Rechtsstaatsinitiative der Außenminister Deutschlands, Dänemarks, Finnlands und der Niederlande vom Frühjahr 2013 an. Der von Deutschland eingebrachte Vorschlag tritt für ein verbessertes Verfahren zum Schutz europäischer Grundwerte und rechtsstaatlicher Prinzipien ein. Ziel ist es, ein gemeinsames und koordiniertes Verfahren zu schaffen, um grundlegende rechtsstaatliche Prinzipien innerhalb der EU-Mitgliedstaaten zu überprüfen. Damit wird die punktuelle Konditionalität zu einem dringend benötigten dauerhaften Sicherungsinstrument weiterentwickelt.

EU-Nachbarschaftspolitik im südlichen Mittelmeerraum: Konditionalität oder Kooperation?

In ihrer Nachbarschaftspolitik hingegen setzt die EU weiterhin auf Konditionalität. In Reaktion auf den Arabischen Frühling hat Brüssel erklärt, in den Beziehungen zu den südlichen Nachbarn künftig sogar verstärkt auf dieses Instrument setzen zu wollen. Zu deutlich war die Kritik an der bisherigen, weitgehend bedingungs-

losen Zusammenarbeit mit den autoritären Herrschern in der arabischen Welt, zu offensichtlich wurde Brüssel das Scheitern des bisherigen Ansatzes vor Augen geführt. Allerdings ist der Rückgriff auf Konditionalität nicht erfolversprechend.

Anders als für die Staaten der östlichen Nachbarschaft stellt für die Länder des südlichen Mittelmeerraums ein Beitritt zur EU kein realistisches Szenario dar. Damit fehlt der zentrale Anreiz, um Konditionalität als wirksames Prinzip ihrer südlichen Nachbarschaftspolitik umzusetzen. Stattdessen beschränkt die EU ihre Anreizstruktur auf die drei M: Market Access, Mobility, Money. Entsprechend werden den Partnerländern Verhandlungen über sogenannte vertiefte und umfassende Freihandelsabkommen und Mobilitätspartnerschaften in Aussicht gestellt. Der Gewinn für die Partner erscheint angesichts der erheblichen Belastungen kaum ausreichend. Beispielsweise sind die finanziellen und politischen Kosten für Rechtsangleichungen, den Umbau der Verwaltungen oder die Abschaffung von Subventionen im Rahmen der Freihandelsabkommen enorm. Die beidseitige Öffnung der Märkte bringt nicht nur Vorteile, sondern auch Konkurrenz durch europäische Produkte. Auch der Nutzen der angebotenen Mobilitätspartnerschaften ist für die Nachbarn überschaubar, während die ergänzenden Rückübernahmeabkommen äußerst kostenintensiv sind. Viele südliche Nachbarstaaten kämpfen mit erheblichen Budgetproblemen und einer schlechten wirtschaftlichen Lage. Deshalb sind Finanzhilfen das verlockendste Angebot der Europäischen Nachbarschaftspolitik. Doch angesichts der Summen, die vor allem aus den Golf-Staaten in die Region fließen, kann Brüssel auch in diesem Bereich kaum attraktive Anreize schaffen.

Zur erfolgreichen Umsetzung des Konditionalitätsprinzips fehlt in der südlichen EU-Nachbarschaft auch eine zweite Voraussetzung: der Vorbildcharakter der EU. Die Partnerstaaten verfolgen nicht das Ziel, sich wirtschaftlich und politisch an das europäische Modell anzugleichen. Nicht zuletzt in Ägypten betonen alle politischen Lager, dass sich jenseits der Umsetzung demokratischer Grundwerte wie Rechtsstaatlichkeit, Pluralität und Menschenrechte in den arabischen Staaten eine eigenständige Form der Demokratie entwickeln müsse, die den kulturellen und religiösen Besonderheiten der Region Rechnung trage. Angesichts der Eurokrise, die auf grundsätzliche Defizite des europäischen Finanz- und Wirtschaftsmodells verweist, hat die EU in den vergangenen Jahren auch als Wirtschaftsmodell an Strahlkraft verloren. Vor allem in den Maghreb-Staaten,

deren Volkswirtschaften besonders eng mit der EU verflochten sind, wächst der Zweifel am ökonomischen Modellcharakter Europas.

Für die gesamte Region gilt zudem, dass die EU lediglich ein Akteur unter vielen ist, und insbesondere aus den Golf-Staaten, aber auch aus Russland und China beträchtliche Summen in Infrastruktur und Industrie fließen. Zugleich konkurrieren Staaten wie die Türkei, der Iran und die Golf-Monarchien mit der EU um politisch-kulturellen Einfluss auf die Staaten Nordafrikas.

Die Hürden der Gestaltungsfähigkeit der EU in der südlichen Nachbarschaft machen deutlich, dass zurückhaltende Kooperation mehr Erfolg verspricht als starre Rahmenwerke wie die Europäische Nachbarschaftspolitik. Der Fokus der Zusammenarbeit sollte darauf liegen, die Staaten bei ihrer Transformation zu freieren, rechtsstaatlichen und pluralistischen Systemen zu unterstützen.

Konditionalität in der östlichen EU-Nachbarschaft

Das Projekt der Östlichen Partnerschaft wurde 2008 in die Europäische Nachbarschaftspolitik eingeführt. Die Initiative soll die benachbarten östlichen Länder Armenien, Aserbaidschan, Georgien, Republik Moldau, Ukraine und Weißrussland an die EU heranführen. Mit dem Prinzip „mehr für mehr“ sollen die politischen Eliten in einigen östlichen Partnerländern motiviert werden, rechtsstaatliche Reformen schneller und entschiedener durchzusetzen, um mehr Hilfe zu bekommen. Da die politischen Entscheider eher in Machtnetzwerken handeln als in formalen Institutionen, ist dieses Instrument jedoch unwirksam. Die Ausrichtung auf die institutionelle Machtebene ist notwendig, aber nicht ausreichend. Konditionalität als Prinzip der europäischen Außenpolitik gegenüber den östlichen Nachbarn ist deshalb nicht zielführend. Die östliche Partnerschaftspolitik sollte als ein Format für die jeweilige Gesellschaftsentwicklung verstanden werden, um zivilgesellschaftliche Entwicklungen stärker zu berücksichtigen.

Die EU hatte mit den sechs Ländern in der Östlichen Partnerschaft umfassende Elemente von Konditi-

onalität verhandelt. Prozesse der Institutionenbildung und der jeweiligen Rechtsauffassung wurden detailliert festgehalten und mit den entsprechenden Partnerländern paraphiert. Nach jahrelangen Verhandlungen haben sich beim Gipfel zur Östlichen Partnerschaft in Vilnius Ende 2013 lediglich zwei Staaten, nämlich Georgien und die Republik Moldau, auf den Weg einer Annäherung an die EU begeben. Aserbaidschan unterzeichnete nur einen Vertrag zur Visaerleichterung und Weißrussland signalisierte, über Visaerleichterungen mit der EU verhandeln zu wollen. Armenien bleibt in einer engen Bindung zu Russland und hatte sich mit dem Beitritt zu einer von Russland geförderten Zollunion vorerst gegen die Unterzeichnung eines Assoziierungsabkommens entschieden.

Sonderfall Ukraine

Ein spezieller Fall ist die Ukraine. Seit 2007 verhandeln die EU und die Ukraine über ein Assoziierungsabkommen. Beim EU-Ukraine-Gipfel im Dezember 2011 wurde ein Regelwerk verabschiedet und im März 2012 paraphiert. Jedoch brach der ehemalige ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch eine Woche vor dem Gipfel in Vilnius vergangenen November die Vorbereitungen zur Vertragsunterzeichnung ab und löste damit eine landesweite Protestwelle aus. Die Übergangsregierung unterzeichnete am 21. März 2014 den politischen Teil des ausgehandelten Assoziierungsabkommens. Die Unterzeichnung des wirtschaftlichen Teils steht jedoch



Euromaidan: Im November 2013 gingen ukrainische Bürger für europäische Werte auf die Straße.

noch aus. In der ukrainischen Öffentlichkeit gab es vor der Krim-Krise zwar Konsens für eine Orientierung an der EU. Allerdings vermisste ein Großteil der Bevölkerung konkrete Anreize, um die tiefgreifenden Reformen hinzunehmen. Die Zivilgesellschaft diskutierte nur am Rande über die komplexen Inhalte des 1.200 Seiten starken Assoziierungsabkommens. Während man über bürokratische und institutionelle Regeln verhandelte, wurde der politische Diskurs über das Assoziierungsabkommen vernachlässigt. Die Alltagsprobleme in der Ukraine, der drohende Staatsbankrott oder die oligarchischen Strukturen gerieten aus dem Fokus. Die Chance, parallel zu den Verhandlungen eine Kultur des Dialogs aufzubauen, wurde vertan.

Einvernehmliche Lösungen zu gesamtstaatlichen und regionalen Fragen – nicht nur im Hinblick auf ein Assoziierungsabkommen – könnten durch die Bildung „Runder Tische“ gefunden werden. Hierbei kämen alle betroffenen Gruppen zusammen, um ihre Interessen auszutauschen und Kompromisse zu finden. Die Teilnehmer und Aufgaben sollten bei diesen Formaten aber klar definiert sein. Dieses Kommunikationsinstrument erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass die Ukraine eine Kultur des Kompromisses und des Dialogs entwickelt. In der Bevölkerung könnten die Frustrationen über das Handeln staatlicher und politischer Akteure abgebaut werden und neue politische Bewegungen entstehen.

In der momentanen Situation ist die größte Herausforderung für die Ukraine, ein stabiles Regierungssystem aufzubauen, das die Pluralität der ukrainischen Gesellschaft widerspiegelt. Dabei kann die EU dem Land partnerschaftlich zur Seite stehen. Mittel- und langfristig sollte die EU die Strategie ihres Engagements in der Ukraine anpassen und ein tieferes Verständnis für Osteuropa erarbeiten.

Die aktuelle Lage zeigt, dass ein standardisiertes Vorgehen im Umgang mit den Ländern der östlichen Partnerschaft nur in den Fällen Moldau und Georgien erfolgreich war. Viel stärker müssen zukünftig die soziokulturellen und ökonomischen Besonderheiten

der jeweiligen Staaten einbezogen werden. Außerdem müssen die Bevölkerungen von den Vorteilen der engeren Anbindung an Europa überzeugt sein. Hier bedarf es also einer Kurskorrektur seitens der EU-Nachbarschaftspolitik.

Pragmatische Kooperation statt bürokratische Konditionalität

Angesichts einer mangelnden Anreizstruktur und starker Konkurrenz durch andere Akteure bleibt die Wirksamkeit des europäischen Konditionalitätsprinzips begrenzt. Die EU sollte daher ihren Ansatz überdenken und ihre südliche und östliche Nachbarschaftspolitik neu ausrichten. Dies muss und darf nicht bedeuten, dass sich die EU von einem normativen Anspruch ihrer Nachbarschaftspolitik verabschiedet. Brüssel sollte jedoch genau prüfen, in welchen Kooperationsfeldern sich die EU gegenüber anderen Akteuren auszeichnet. In erster Linie ist hier europäische Unterstützung zur Lösung der strukturellen sozioökonomischen Probleme zu nennen, mit denen sich die Staaten der südlichen und östlichen Nachbarschaftsregionen konfrontiert sehen: Mängel im Sozial- und Justizwesen, Defizite im Bildungssektor, Dysfunktionalitäten auf dem Arbeitsmarkt. Die EU muss sich jedoch darüber im Klaren sein, dass solche grundlegenden Reformen viel Zeit benötigen und in der Zivilgesellschaft verankert sein müssen. Angesichts zu geringer finanzieller und politischer Mittel ist eine schnelle Umsetzung der europäischen Vision eines „Raums des Friedens, der Stabilität und des gemeinsamen Wohlstands“ in der Nachbarschaft der EU wenig realistisch.

Vielmehr sollte die EU daher durch Kooperation und Vorbildcharakter in vermeintlich technischen Bereichen auf langfristige Strukturveränderungen hinwirken. Damit legt sie ein Fundament für politische Transformationsprozesse, die jedoch in den Ländern reifen müssen und nicht durch Konditionalität erzwungen werden können.



Was hält Europa zusammen? Das Europäische Parlament in Brüssel beantwortet diese Frage an seiner Fassade.

Deutschland und Europa: Mehr Debatte bitte!

Almut Möller, Claudia Schmucker

Zwei große Eurothemen zogen sich durch das Jahr 2013: der wirtschaftliche Aufschwung Europas und sein innerer Zusammenhalt. Zum einen ging es um die Fragen, wie Wachstum in Europa gestärkt werden kann und welche Rolle Deutschland dabei spielen sollte. In der Eurozone sah sich Deutschland zunehmend Kritik ausgesetzt, mit seiner sogenannten Austeritätspolitik Wachstumsimpulsen zu wenig Raum zu geben.

Zum anderen tauchten Fragen auf, wie die mittel- bis langfristigen Pläne der alten und neuen Bundesregierung für den inneren Zusammenhalt der Europäischen Union aussehen. Wie organisieren Brüssel und die Mitgliedstaaten zukünftig die notwendige Vertiefung der Währungsunion und wie kann diese auf Dauer rechtlich-institutionell und politisch organisiert werden, ohne das zentrale Projekt des Binnenmarkts aller EU-Länder zu untergraben?

Die wirtschaftliche und politische Selbst- und Außenwahrnehmung Deutschlands klaffen weit auseinander. Die europäischen Nachbarn verlangen von Berlin mehr Initiative und stärkere Führung. Deshalb muss sich Deutschland den Fragen stellen: Wie kann Europa wachsen und wettbewerbsfähig bleiben? Und wer und was hält die EU zusammen?

Deutschland und das Problem der Austeritätspolitik

Angela Merkel wurde am 17. Dezember 2013 zum dritten Mal als deutsche Bundeskanzlerin vereidigt. In ihrer ersten Regierungserklärung wurde deutlich, dass auch unter der Großen Koalition der bisherige Kurs in der Europapolitik beibehalten wird: Deutschland fordert weiterhin vor allem Strukturreformen für die Peripherie-



Das geplante transatlantische Handelsabkommen TTIP wird nach Ansicht der Befürworter für mehr Wohlstand sorgen. Hier die Chefverhandler Ignacio Garcia Bercero (l.) und Dan Mullaney.

staaten der Eurozone, um deren angeschlagene Wettbewerbsfähigkeit zu steigern. Daneben fordert die Bundeskanzlerin einen Abbau der Staatsschulden und eine solide Finanzpolitik im Gegenzug für die Hilfen der anderen Staaten der Eurozone. Um diesen Mechanismus verbindlicher zu gestalten, schlug Merkel zusätzlich vor, bilaterale Verträge zwischen der Europäischen Kommission und den einzelnen EU-Mitgliedstaaten abzuschließen, in denen sich die Länder verbindlich zur Umsetzung von Strukturreformen verpflichten. Der Abschluss dieser Reformverträge wurde jedoch aufgrund des Widerstands anderer EU-Staaten auf den Herbst 2014 verschoben.

Deutschland stand mit diesem Fokus zunehmend in der Kritik. Die Eurozone ist zwar 2013 aus der Rezession herausgekommen, das Wachstum verharrt jedoch auf niedrigem Niveau. Vermehrt forderten Politiker und Interessengruppen daher, von der bisherigen „Austeritätspolitik“ Abstand zu nehmen und weitere Wachstumsimpulse zu setzen. Die Debatte verschärfte sich, als der Internationale Währungsfonds (IWF) im Juni 2013 in seiner Evaluation des Griechenland-Programms feststellte, dass die Effekte von fiskalischen Multiplikatoren unterschätzt worden seien: So haben nach Analysen des IWF die Ausgabenkürzungen in Griechenland das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stärker beeinträchtigt als ursprünglich vorhergesehen. Aufgrund dieser Erkenntnisse muss sich Deutschland stärker mit der Frage beschäftigen, wie Wachstum – abgesehen von den notwendigen Strukturreformen – in Europa besser gefördert werden kann.

Wachstumsimpulse durch EIP und TTIP

Für den Zusammenhalt in Europa ist es notwendig, die bestehende Reformpolitik durch weitere Maßnahmen abzumildern. Eine wichtige Rolle können dabei öffentliche Investitionsbanken wie die Europäische Investitionsbank (EIB) spielen. Sie ermöglichen gerade in Krisenzeiten bezahlbare Kredite an kleine und mittlere Unternehmen zu vergeben, die Arbeitsplätze schaffen und dadurch maßgeblich das Wachstum fördern. Um diese Funktion zu erfüllen, müssen die EU-Staaten der EIB jedoch mehr Kapital zur Verfügung stellen. Die bisherige Kapitalerhöhung von zehn Milliarden Euro ist dazu nicht ausreichend. Hier könnte sich Deutschland deutlicher dafür einsetzen, die Investitionsbanken stärker zu fördern und somit die schwache Kreditvergabe in Europa anzukurbeln.

Neben diesen europäischen Debatten über Wachstum sieht Deutschland die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) mit den USA als einen wichtigen Wachstumsimpuls für Europa. Ziel von TTIP ist es, Zölle und nichttarifäre Handelshemmnisse im bilateralen Handel abzubauen sowie Standards und Regulierungen anzugleichen oder gegenseitig anzuerkennen. Auch wenn nicht alle Staaten der EU gleichmäßig von dem Abkommen profitieren, ist das Handelsabkommen zu begrüßen. Studien prognostizieren positive Impulse für die europäische Wirtschaft und den Arbeitsmarkt: Das Centre for Economic Policy Research in Washington errechnete einen Wachstumsimpuls von 0,48 Prozent für die EU und von 0,39 Prozent für die USA. Das Ifo-Institut und die Bertelsmann Stiftung sind noch optimistischer: Durch eine umfassende Liberalisierung im Rahmen der TTIP wäre das Pro-Kopf-Einkommen in allen (damals) 27 Mitgliedstaaten durchschnittlich fast 5 Prozent höher als ohne ein Abkommen. Daneben würde TTIP die Wettbewerbsfähigkeit der EU (und der USA) gegenüber den aufstrebenden Schwellenländern wie China, Brasilien und Indien verbessern und somit auch das langfristige Wachstumspotenzial der EU erhöhen.

Wer oder was hält die EU zusammen?

Die zweite wichtige Diskussion 2013 befasste sich mit der inneren Verfasstheit der EU. „Das Dilemma ist, dass es in Europa eine Währung zu 17, aber eine Union zu 28 gibt. Wie können wir in diesem Spannungsfeld vorankommen? Dies wird nur möglich sein, wenn wir auch integrationspolitisch in neuen Bahnen denken. Die Vertiefung der Eurozone heißt, dass sich Europa deutlicher als bisher zum Prinzip unterschiedlicher Geschwindig-

keiten bekennt.“ So beschrieb der damalige Bundesaußenminister Guido Westerwelle im Sommer 2013 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung in deutlichen Worten die europapolitische Lage. Damit zeichnete sich eine Verschiebung in der deutschen Europapolitik ab: In der deutschen Tradition wird die EU grundsätzlich als homogene Rechtsgemeinschaft gedacht, in der alle Mitgliedstaaten einen gemeinsamen rechtlichen Besitzstand teilen. Mit dem Euro und Schengen sowie einer Reihe weiterer Ausnahme- und Übergangsregelungen für ihre Mitglieder war die EU zwar bereits vor der Krise keineswegs ein rechtlich monolithischer Block; das Leitbild aber war eher das des „acquis communautaire“, das Gemeinsame wurde unterstrichen. Dieser Ansatz ist nachvollziehbar: Unterschiedliche Regelungsbereiche und Regelungsdichte könnten dazu führen, dass die EU-28 rechtlich und politisch kaum noch zusammenzuhalten ist.

Differenzierte Integration auf Kosten der EU-28?

Die Notwendigkeit der Vertiefung der Währungsunion hat inzwischen dazu geführt, dass sich die Bundesregierung im vergangenen Jahr deutlicher als zuvor zum Prinzip unterschiedlicher Geschwindigkeiten bekannt hat. Wie aber kann eine solche EU organisiert werden? Was geschieht, wenn sich die EU im Zuge der Vertiefung der Währungsunion nicht mehr mit unterschiedlicher Geschwindigkeit, sondern in unterschiedliche Richtungen bewegt? Gerade für Deutschland sind dies zentrale strategische Fragen der aktuellen Europapolitik. Berlin hat ein hohes Interesse an einem funktionierenden Binnenmarkt, der – nach dem kroatischen EU-Beitritt im Juli 2013 – 28 Mitglieder hat. Dabei wird es nicht nur auf ausgewogene institutionelle Arrangements ankommen, die die Kluft zwischen Mitgliedern und (noch) Nichtmitgliedern nicht zu breit werden lassen. Es ist auch notwendig, dass Deutschland sich gemeinsam mit Ländern außerhalb der Eurozone als Brücke zwischen der Wirtschafts- und Währungsunion und dem Binnenmarkt der EU-28 versteht. Dies gilt insbesondere gegenüber Polen,

das der EU vor nahezu zehn Jahren beigetreten ist und sich wie alle anderen Beitrittsländer seit 2004 zu einer Übernahme der gemeinsamen Währung verpflichtet hat. Warschau ist inzwischen neben Paris einer der wichtigsten Partner Berlins in der EU.

EU ohne Großbritannien?

Insbesondere mit Blick auf Großbritannien ist der Zusammenhalt der EU inzwischen eine schwierige Gestaltungsaufgabe für Deutschland. Premierminister David Cameron hat im Januar 2013 auf wachsenden Druck aus den Reihen europakritischer und -feindlicher Tories angekündigt, die Briten über einen Verbleib in der EU abstimmen zu lassen. Dazu will er die Bedingungen für die britische EU-Mitgliedschaft neu verhandeln und den neuen Vertrag der britischen Bevölkerung zur Abstimmung vorlegen. Sein Kalkül: die toxische Europadebatte auf der Insel zu befrieden und das Referendum zu gewinnen. Berlin ist wie andere maßgebliche EU-Länder jedoch wenig für Konzessionen an London bereit. Eine neue Debatte über Vertragsreformen will man vermeiden, da diese eine spaltende Wirkung in der gesamten EU entfalten könnte, die in der gegenwärtigen Lage kaum zu kontrollieren wäre. Gleichzeitig hat



In einer Rede im Januar 2013 stellte der britische Premierminister David Cameron ein Referendum über einen möglichen EU-Austritt in Aussicht.

aber Deutschland kein Interesse daran, dass Großbritannien aus der EU und damit auch aus ihrem Binnenmarkt austritt. Mit London verlöre Berlin nicht nur

einen wichtigen Partner mit globaler wirtschaftlicher, politischer und sicherheitspolitischer Ausstrahlung. Die Gewichte würden sich innerhalb der Union auch in Richtung der großen südlichen EU-Länder verschieben. Wichtig wäre nun, dass Berlin und London gemeinsame Themen finden, um die Vereinbarkeit der Eurozone mit dem Binnenmarkt als Ganzem zu gewährleisten. Dazu gehört neben Impulsen für eine Vollendung des Binnenmarkts insbesondere ein offener und faktenbasierter Austausch darüber, wie eine solche „Union in der Union“ institutionell organisiert werden kann, ohne die EU als Ganzes zu unterminieren. Eine wieder auf Erfolgskurs getrimmte Eurozone verbunden mit einem dynamisierten Binnenmarkt wäre ein starkes Argument für ein „yes“ der Briten und den Verbleib Großbritanniens in den EU-Strukturen.

Mehr Europadebatten führen

Der deutschen Europadebatte täte mehr Kontroverse gut. Schließlich stehen wichtige Richtungsentscheidungen für die gemeinsame Währungsunion an, die dauerhaft demokratisch abgesichert werden müssen. Anlass dazu bot die Bundestagswahl im vergangenen Herbst. Der Bundestagswahlkampf war dabei für Deutschlands Partner in der EU ein Dauerthema. Wichtige Reformschritte in der Eurozone lagen auf Eis; im Rest der EU untersuchte man mit großem Interesse die Wahlprogramme der deutschen Parteien auf ihre Europakonzepte. Die europäischen Medien zeigten sich um den Wahltag im September 2013 enorm interessiert. Vielerorts in Europa verband man die Hoffnung auf einen Regierungswechsel in Berlin mit einer Kursänderung in der deutschen Europapolitik. Viele Beobachter

waren jedoch überrascht, dass Deutschland im Sommer 2013, so ganz anders als bei den französischen Präsidentschaftswahlen 2012, kaum über Europa diskutierte. Wie konnte das sein – die wichtigste Volkswirtschaft in der Eurozone mit maßgeblichem Einfluss auf die künftige Architektur der Eurozone und in Deutschland selbst kaum Kontroversen? Dabei hätten viele Themen diskutiert werden können, von Eurobonds bis hin zu einer Stärkung der heimischen Nachfrage.

Aus dem Wahlergebnis eine Zufriedenheit der Deutschen mit der Europapolitik der Bundeskanzlerin herauszulesen ist eine Erklärung, aber sie reicht nicht aus. Auch in der deutschen Bevölkerung macht sich seit der Krise in der Währungsunion Unbehagen breit. Was wäre, wenn der Bundestagswahlkampf im vergangenen Jahr unter deutlich schlechteren wirtschaftlichen Bedingungen stattgefunden hätte? Möglicherweise hätten euro- und EU-kritische Stimmen schon im letzten Jahr mehr Zulauf erhalten.

Wenn die neue Bundesregierung auf ihrem Kurs des vergangenen Jahres weitermacht, dann wird sie auch 2014 an der notwendigen Vertiefung der Eurozone arbeiten müssen. Vermutlich bleibt es weiter bei einem vorsichtigen „Auf-Sicht-Fliegen“. Aber auch mit einem solchen begrenzten Ansatz wird ein Umbau der Währungsunion und der EU insgesamt vorangetrieben. Dabei sollten die Bürgerinnen und Bürger nicht ausgeblendet werden. Auch in diesem Zusammenhang ist es notwendig, stärker die Probleme der unterschiedlichen Geschwindigkeiten zu diskutieren und sich über die innere Verfasstheit der EU Gedanken zu machen. Die Europawahlen im Mai 2014 bieten Gelegenheit dazu – denn hier haben sich auch die Gegner eines vereinten Europa in Stellung gebracht.



Das Hauptquartier des Geheimdiensts National Security Agency (NSA) in Fort Meade, Maryland, USA. Der amerikanische Computertechniker Edward Snowden hat das riesige Internet-Spionageprogramm PRISM des US-Geheimdiensts öffentlich gemacht.

Skandal im Sperrbezirk Überwachung im Regierungsviertel und die Folgen

Jana Puglierin, Henning Riecke

Die Überwachung bringt es an den Tag: Deutschland hat andere Vorstellungen von Freundschaft als die USA. Der NSA-Skandal hat im Sommer 2013 die Grundlagen der transatlantischen Beziehungen auf eine ähnlich grundsätzliche Weise infrage gestellt wie die Irak-Krise zehn Jahre zuvor. Dabei war es nicht nur das gewaltige Ausmaß der Überwachung durch den amerikanischen Auslandsgeheimdienst NSA (National Security Agency), das die Verbündeten in Europa und Lateinamerika so schockiert hat. Auch nicht das Allmachtsgefühl der amerikanischen Dienste oder die Rücksichtslosigkeit ihrer Überwachung. Vielmehr schockte die Erfahrung der eigenen Hilflosigkeit auf Seiten der Regierungen in Berlin oder Paris gegenüber dem amerikanischen Vorgehen.

Diese Hilflosigkeit hat viele Ursachen. Deutschlands Sicherheit und Wohlstand hängen von funktionierender transatlantischer Zusammenarbeit ab, etwa bei den Verhandlungen über eine Handels- und Investitionspartnerschaft. Dazu fehlt Deutschland noch immer die Übersicht, was amerikanische und europäische Geheimdienste genau getan haben und wie weit deutsche Dienste in die Überwachungstätigkeit verstrickt sind. Keine Seite kommt leicht aus dem Skandal heraus. Die USA könnten mit großer Geste um Verzeihung bitten. Das wäre aber ein weiterer politischer Sargnagel für Obama. Die USA sind auch unwillig, ihre Überwachungspraxis substantziell zu verändern. Bei einem Arbeitsbesuch von Bundeskanzlerin Angela Merkel in Washington Anfang Mai versicherte Präsident Barack



Zum Besuch von Obama im Juni 2013 in Berlin demonstrierten Tausende gegen die NSA und die Ausspähungen von Daten.

Obama, Ausländer und Deutsche stärker vor massenhaften Spionageaktivitäten des Geheimdiensts NSA zu bewahren. Substanzielle Fortschritte für eine „No-Spy“-Regelung gab es jedoch nicht. Die US-Regierung versucht, die NSA-Praxis als sinnvoll und nützlich auch für die Alliierten darzustellen. Eine transparente Darstellung und öffentliche Diskussion über das Ausmaß der Überwachung und die tatsächlichen Erfolge, die die Legitimität der Geheimdiensttätigkeit erhöhen könnten, würden aber der verborgenen Natur dieser Informationssammlung zuwiderlaufen.

Der NSA-Skandal, der die Privatsphäre von Millionen westlicher Bürger direkt betrifft, wurde immer wieder durch nachgeschobene Presseenthüllungen angetrieben. Trotzdem hat er in der öffentlichen Wahrnehmung längst an Stärke verloren – ohne dass eine grundlegende Veränderung der Praxis erkennbar wäre. Ebenso wenig ist erhöhte Wachsamkeit und verstärkter Selbstschutz gegenüber der Ausspähung auch durch vermeintliche Freunde erkennbar. Ist den Deutschen die amerikanische Spionage egal? Welche Folgen hat der Skandal für die transatlantischen Beziehungen wirklich?

Jede Woche ein Skandal

Ihren Ausgang nimmt die NSA-Affäre am 20. Mai 2013, als der IT-Spezialist und Mitarbeiter der Beraterfirma Booz Allen Hamilton, Edward Snowden, von Hawaii

nach Hongkong reist. Im Gepäck führte der 29-jährige Dokumente mit sich, die weltweite Spionage und Überwachung in bislang nicht bekanntem Ausmaß dokumentieren. Die Dateien leitete er an westliche Medien weiter. Im Juni 2013 begannen der britische Guardian und die amerikanische Washington Post mit der sukzessiven Veröffentlichung der streng geheimen Daten. Die Zeitungen lösten damit den größten Spionageskandal aller Zeiten aus. Zusammen mit dem britischen Government Communications Headquarters (GHCQ) überwachte die amerikanische NSA auf der ganzen Welt jahrelang jede Form elektronischer Kommunikation. Während nach und nach immer neue Informationen an die Öffentlichkeit gelangten und aus immer

mehr Ländern kritische Fragen an die US-Regierung kamen, erklärte der damalige Chef des Kanzleramts, Ronald Pofalla, die NSA-Affäre im August 2013 für „beendet“. Auch Angela Merkel kommentierte die offengelegten Überwachungsmaßnahmen zurückhaltend. Erst als der Spiegel am 23. Oktober 2013 die jahrelange Überwachung des Kanzlerhandys enthüllt, trat der Zorn der Kanzlerin offen zutage.

Wer steht wo?

Seitdem reagierte die Bundesregierung zunehmend scharf gegenüber den USA. Kanzlerin Merkel sprach ungewöhnlich offen von einem deutlichen Vertrauensverlust. Dennoch bemüht sich die Regierung seit Beginn der Affäre, die Beziehungen zu den USA nicht zu beschädigen. Merkel betont nach wie vor das enge Verhältnis zu den USA und unterstreicht die Bedeutung der Geheimdienste für den Anti-Terror-Kampf und die Vorteile einer transatlantischen Freihandelszone.

Die Enthüllungen des britischen Tempora-Programms und der direkten Abhörung von EU-Vertretern durch die NSA führten auch zu Empörung innerhalb der Europäischen Union. EU-Justizkommissarin Viviane Reding schickte Fragenkataloge an die amerikanische und britische Regierung, während EU-Parlamentspräsident Martin Schulz sich schockiert über das Ausmaß der Programme zeigte.

Reding und der französische Präsident François Hollande drohten darüber hinaus mit der Suspendierung der Verhandlungen über eine transatlantische Freihandelszone. Die Gespräche fanden dennoch wie geplant statt. Die britische Regierung blockierte einen Vorschlag zur Schaffung zweier Arbeitsgruppen zum Spionagethema im Rahmen der Verhandlungen. Aufgrund der britischen Haltung erklärte Reding im September 2013, dass bezüglich einer Reform der europäischen Datenschutzregelung nur eine rein kontinentale Lösung in Frage käme. Reding kündigte auch eine Überprüfung des „Safe Haven“-Abkommens mit den USA an, das US-Konzernen erlaubt, selbst ermittelte Personendaten von Europa in die USA zu transferieren. Ohne eine innere Geschlossenheit fehlen den Europäern aber die politischen Hebel, um Amerika zu einer Veränderung ihrer Praxis zu bewegen.

Keine Reue in Washington

Seit Mitte Januar kann sich Angela Merkel aber sicher sein – solange Obama Präsident ist, wird sie selbst nicht abgehört. Das hat Obama ihr schließlich im ZDF Heute Journal bei der Vorstellung seiner Geheimdienstreform versprochen. Wird das jetzt den NSA-Skandal beenden? Den Deutschen wäre ein bindendes „No Spy“-Abkommen lieber gewesen, das eine neue Phase der Geheimdienstzusammenarbeit eingeleitet hätte. Aber die Differenzen waren wohl zu groß.

Die Bundesregierung hatte im Sommer 2013 bereits angekündigt, dass es mit der US-Seite eine Übereinstimmung über ein Abkommen geben sollte. Kernstück sollte der Verzicht auf künftige gegenseitige Spionage sein. Im Oktober hatten Merkel und Hollande am Rande eines EU-Gipfels gemeinsam den Abschluss entsprechender Abkommen bis zum Jahresende gefordert. In der deutschen Vorstellung sollte diese Vereinbarung dem Modell der sogenannten „Five Eyes“-Abkommen folgen, die die angelsächsischen Verbündeten USA, Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland nach dem Zweiten Weltkrieg eingegangen waren. Neben der vertieften Geheimdienstkooperation ver-

sprechen sich die fünf Staaten, sich nicht gegenseitig auszuspionieren – obwohl die USA hierbei ab und zu eine Ausnahme machen.

Monatelange schwierige Verhandlungen der deutschen und amerikanischen Unterhändler erbrachten bislang offenbar wenig Erfolg. Dabei zielten sie nur auf ein kurzes Dokument ab, mehr ein „Memorandum of Understanding“ als ein rechtlich bindendes Dokument. Darin sollten die Spielräume und Grenzen der Geheimdienstkooperation dargestellt werden.

Die wenigen Presseberichte über die Verhandlungen fördern die Probleme zutage: Für die deutsche Seite war es ärgerlich, dass die USA keine Informationen über die Dauer und das Ausmaß der Spionage gegen deutsche Regierungsmitglieder preisgaben. Die Amerikaner wären an einer stärkeren deutschen Beteiligung bei der kollektiven Sammlung von Daten interessiert, um bessere Informationen über den Aufenthaltsort und die Bewegung von Verdächtigen zu erhalten, berichtet die *New York Times*. Dabei geht es auch um die mögliche Zielplanung von Drohnenangriffen für gezielte Tötung. Über diesen Schatten wollen die Deutschen jedoch nicht springen. Vor allem aber scheuen die USA davor zurück,



Im EU-Parlament zeigt sich die Fraktion der Grünen solidarisch mit dem Whistleblower Edward Snowden.

Deutschland ein bindendes Versprechen zu geben, Regierungsmitglieder nicht auszuspionieren.

Was Deutschland in Washington heraushandelt, interessiert auch andere Partner, die eine ähnliche

Verzichtserklärung von den USA wollen. Daran hat Washington kein Interesse: Die Nationale Sicherheitsberaterin Susan Rice hat ihren deutschen Gesprächspartnern bei einem Besuch in Berlin deutlich gesagt, dass mit Deutschland kein Präzedenzfall geschaffen werde. Im Januar orakelte die Süddeutsche Zeitung, dass die Verhandlungen gescheitert seien: Der Präsident

Abkommen handeln wird. London wehrt sich dagegen – eine interessante Parallellität zur wichtigsten Konfliktlinie in den transatlantischen Spionageverhandlungen.

Der US-Präsident bevorzugt unilaterale Selbstbindung vor bilateralen Abkommen. Amerika will selbst über seine Spionageaktivitäten bestimmen und vor allem Zeit für Machtkämpfe in Washington gewinnen, die mit der Reform verbunden sind. In einer Rede am 17. Januar 2014 stellte Obama eine Präsidentendirektive vor, die die Regeln der Datensammlung durch die NSA verändern soll. Dabei zweifelt er die globale Überwachung keineswegs an. Aus der technologischen Überlegenheit leiten die Amerikaner sogar eine Verantwortung ab, weil aus ihr sicherheitspolitische Vorteile für die Verbündeten entstehen. Die Rede war Kernstück einer Public-Relations-Kampagne, mit der Obama das Vertrauen der Verbündeten wiederherstellen und die Kontrolle im eigenen Haus erlangen will. Die amerikanischen Geheimdienststrukturen zu überholen, wird ein längerer Prozess sein. Die Konflikte zwischen den Spähern und den Ausgespähten ändern dieses Verfahren jedoch nicht.



Merkel will erst über die Presse von den Abhörpraktiken der USA erfahren haben – dabei arbeitete der deutsche Geheimdienst eng mit der NSA zusammen.

des Bundesnachrichtendienstes (BND), Gerhard Schindler, bevorzugt es, auf ein Abkommen zu verzichten, statt ein substanzloses Abkommen zu akzeptieren.

Andere Politiker möchten an dem „No Spy“-Abkommen festhalten. Thomas de Maizière versuchte die Aufregung zu dämpfen und verwies darauf, dass die Verhandlungen ja noch andauern. Thomas Oppermann, neuer SPD-Fraktionschef, forderte mehr Druck auf Washington. Andere Abgeordnete schlugen vor, amerikanische Unternehmen von europäischen Ausschreibungen fernzuhalten, sollten die Verhandlungen scheitern.

Gleichzeitig bastelt Deutschland an einem anderen Abkommen. Der BND hat mit seinen europäischen Partnern in mittlerweile drei Runden über einen Spionageverzicht in der EU verhandelt. Immerhin hat Großbritannien große Mengen Telekommunikationsdaten aus EU-Mitgliedstaaten gesammelt. Bislang ist auch hier noch offen, ob es sich um ein bindendes

Auf der Grundlage eines Berichts einer Expertenkommission präsentierte Obama Mitte Januar eine Präsidentendirektive, die einige neue Regeln und Arbeitsaufträge enthielt. Erstens sollen Daten künftig nur noch für sicherheitspolitische Zwecke gesammelt werden, nicht für politische und wirtschaftliche Motive. Das Versprechen klingt, als habe die NSA diese Trennung früher nicht messerscharf durchgehalten. Zweitens soll die Datensammlung der NSA aus den Händen genommen werden. Telekommunikationsdaten von Amerikanern sollen künftig die Anbieter selbst aufbewahren. Die NSA benötigt eine gerichtliche Zustimmung, um an diese Daten zu kommen. Drittens wird die Sammlung von Metadaten über Nichtamerikaner unter dem PRISM-Programm weitergehen. Sie ist von den Restriktionen nicht betroffen. Obama hat den Nationalen Geheimdienstdirektor immerhin angewiesen, auch für die globale Suche nach Informationen Vorkehrungen zu entwickeln, die private Daten schützen – und zwar

für Amerikaner und Nichtamerikaner gleichermaßen. Viertens hat Obama versprochen, „dass wir – sollte es keinen zwingenden Grund im Zusammenhang mit der nationalen Sicherheit geben – keine Kommunikation von Staats- und Regierungschefs befreundeter Staaten und Alliierten überwachen.“ Die Frage, welches Land befreundet ist, bleibt dabei offen. Auch können sich Außenminister und Parteiführer nicht als Adressaten dieser Zusicherung fühlen.

Das Ende des Vertrauens

Deutschland bekommt also keine bindende Vereinbarung, vielleicht nicht einmal im europäischen Rahmen. Berlin wird sich kaum auf die vertiefte Geheimdienstkooperation nach amerikanischen Vorstellungen einlassen. Die Bundesregierung strebt stattdessen einen grundsätzlichen Cyber-Dialog mit dem transatlantischen Partner an. Auch wird ein engerer Austausch der Parlamente vorgesehen. Obama hat einen langen und undurchsichtigen Reformprozess begonnen, ohne die Grundlagen amerikanischer Überlegenheit in Frage zu stellen. Jeder Kompromiss auf diesem Weg wird negative Kommentare von US-Kritikern und ausgespähnten Verbündeten nach sich ziehen. Vertrauensaufbau sieht anders aus. Die deutsch-amerikanischen Beziehungen werden wieder zu einer nüchternen Normalität zurückfinden. Auch diese Annäherung kann durch neue

Enthüllungen in Gefahr geraten. Das ist schade: Die USA und Deutschland haben viele gemeinsame Positionen bei der Governance im Cyber-Raum. Gemeinsam könnten die beiden Staaten viel erreichen.

Das Beste, was Deutschland passieren kann, ist ein Übergang vom blinden Vertrauen zu einem neuen Verständnis von wachsamer Partnerschaft. In einem solchen deutsch-amerikanischen Verhältnis muss Berlin akzeptieren, dass es gerade als starker Partner vorrangiges Ziel amerikanischer Geheimdienstaktivitäten ist. Selbstschutz muss dabei eine größere Rolle spielen. Gleichzeitig sind die Amerikaner und die Deutschen in einer starken Position. Durch eine Annäherung können sie die Grundlage für internationale Normen im Cyber-Raum setzen. Dies kann auch dadurch befördert werden, dass in den USA das Verständnis wächst, dass aus der Übermacht bei der digitalen Überwachung ein realer Machtverlust resultieren kann, wenn Amerika seinen Vertrauensvorschuss verspielt.

Wünschenswert wäre eine Stärkung der europäischen Position, die durch größere Kohärenz, geheimdienstliche Solidarität und verbesserte cyberpolitische Schutzmechanismen in der EU entstehen würde. Davon sind die Europäer aber weit entfernt – eine europäische Cloud beispielsweise, die von Amerikanern nicht so leicht durchforstet werden kann, könnte eben der Neugier des europäischen Gastgeberlands zum Opfer fallen. Wäre dies besser?



Anhang

Gremien, Aufbau, Struktur der DGAP

Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

Vorstand

¹ Wechsel ins Präsidium

Dr. Arend Oetker , <i>Präsident</i>	Ex officio	Bis 12. Juni 2013
Paul Freiherr von Maltzahn , <i>Generalsekretär</i>	Prof. Dr. Eberhard Sandschneider , <i>Otto Wolff-Direktor des Forschungs-</i> <i>instituts</i>	Prof. Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher
Dr. Tessen von Heydebreck , <i>Schatzmeister</i>	Dr. Sylke Tempel , <i>Chefredakteurin der Zeitschrift</i> <i>IP – Internationale Politik</i>	Dr. Werner Hoyer ¹
Jutta Freifrau von Falkenhausen , <i>Syndika</i>	Dr. Elke Dittrich , <i>Leiterin der</i> <i>Bibliothek und Dokumentationsstelle</i> <i>und Verwaltung</i>	Hans-Ulrich Klose
Dr. Michael J. Inacker		Prof. Dr. Joachim Krause ¹
Hagen Graf Lambsdorff		Philipp Mißfelder ¹
		Christopher Freiherr von Oppenheim ¹

Präsidium

² Wissenschaftlicher Beirat ³ Finanzausschuss ⁴ Wechsel in den Vorstand

Niels Annen	Eckart von Klaeden	Karsten D. Voigt	Martin Jäger
Dr. Stefanie Babst	Prof. Dr. Joachim Krause ²	Celeste A. Wallander , PhD	Hagen Graf Lambsdorff ⁴
Prof. Dr. Roland Berger	Prof. Dr. Charles A. Kupchan	Dr. Ludolf G. von Wartenberg ³	Kerstin Müller
Elmar Brok	Prof. Dr. Klaus Mangold ³	Dr. Heinrich Weiss ³	Dr. Friedbert Pflüger
Sevim Dagdelen	Philipp Mißfelder	Prof. Dr. Michael Zürn ²	Aleksandra Rhomberg
Dr. Thomas Enders	Prof. Dr. Günther Nonnenmacher	Bis 12. Juni 2013	Rudolf Scharping
Prof. Dr. Lars P. Feld ²	Christopher Freiherr von Oppenheim	Prof. Dr. Harald Braun	Volker Schlegel
Dr. Stephan Goetz ³	Dr. Bernhard Reutersberg	Eberhard Diepgen	Dr. Benno Schwarz
Prof. Dr. Armin Grunwald ²	Prof. Dr. Thomas Risse ²	Dr. Klaus von Dohnanyi	Prof. Dr. Rita Süssmuth
Dr. Werner Hoyer	Herbert J. Scheidt ³	Gerda Hasselfeldt	Prof. Dr. h.c. Horst Teltschik
Wolfgang Ischinger	Dr. Frithjof Schmidt	Dr. Michael J. Inacker ⁴	Prof. h.c. Günter Verheugen
Dr. Christian Jacobs	Stephan Steinlein		Dr. Antje Vollmer
Bertram Kawlath			

Ehrenmitglieder

Dr. Ursula Braun	Hans-Ulrich Klose	Prof. h.c. Günter Verheugen
Dr. Klaus von Dohnanyi	Helmut Schmidt , <i>Bundeskanzler a.D.</i>	Dr. Antje Vollmer
Prof. Dr. h.c. Hans-Dietrich Genscher	Prof. Dr. Rita Süssmuth	Dr. Richard von Weizsäcker , <i>Bundespräsident a.D.</i>
Prof. Dr. Dr. h.c. Karl Kaiser		



Um die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.* auf Dauer als unabhängigen Akteur und Impulsgeber für die außenpolitische Diskussion zu erhalten, wurde im Jahr 2010 die *Stiftung der DGAP für Auswärtige Politik* errichtet.

Zur effektiven Unterstützung der DGAP hatten sich bereits im Jahre 1955 zahlreiche Unternehmen, Institutionen, Stiftungen und Verbände in einem eigenen gemeinnützigen

Verein zusammengeschlossen, dem *Fördererkreis der DGAP e.V.* Ende 2011 wurde die *DGAP Consulting GmbH* als Tochtergesellschaft des Fördererkreises gegründet. Die *DGAP Consulting GmbH* verfolgt das Ziel, über das Angebot an individuellen Beratungs- und Serviceleistungen weitere Einnahmen für den *Fördererkreis der DGAP* zu erwirtschaften.

Fördererkreis der DGAP e.V.

Geschäftsführender Vorstand

Dr. Arend Oetker, *Vorsitzender*

Paul Freiherr von Maltzahn, *Stellvertretender Vorsitzender*

Dr. Tessen von Heydebreck, *Schatzmeister*

Weitere Vorstandsmitglieder

Andreas Herschel

Dr. Joachim Lang

Dr. Bernhard Rabert

Stiftung der DGAP für Auswärtige Politik

Paul Freiherr von Maltzahn, *Vorstand*

Stiftungsrat

Dr. Arend Oetker, *Vorsitzender*

Jutta Freifrau von Falkenhausen

Fritjof von Nordenskjöld

Dr. Tessen von Heydebreck

Herbert J. Scheidt

DGAP Consulting GmbH

Stefan Dauwe, *Geschäftsführer*

Köpfe der DGAP 2013/14

DGAPgesellschaft

Dr. Arend Oetker , <i>Präsident</i>	Andreas Alvarez y Semtner , <i>Leiter Online-Redaktion</i>	Marlies Brettschneider	Lucas Lypp
Paul Freiherr von Maltzahn , <i>Generalsekretär</i>	Wiebke Ewering , <i>Pressereferentin (in Vertretung für Susanne Marcus)</i>	Tilmann Chladek	Viola Milculcy
Sabine Straßenburg , <i>Referentin Geschäftsführung/Generalsekretariat</i>	Yulia Loeva , <i>Leiterin Veranstaltungsorganisation</i>	Bahtiyar Edilbekov	Anne Rathjens
Dr. Elke Dittrich , <i>Leiterin der Verwaltung</i>	Evelyn Rehm , <i>Mitglieder- und Fördererbetreuung</i>	Mickel Hausotte	Miranda Robbins
	Sabine Wolf , <i>Lektorat/Online-Redaktion</i>	Maik Hild	Eva Rüskamp
		Marlies Knütter	Anja Runge
		Uwe Knütter	Werner Scharek
		Stefanie Kräuter	Monika Wilhelm
		Leo Litke	

DGAPbibliothek und Dokumentationsstelle

Dr. Elke Dittrich , <i>Leiterin</i>	Verena Schrader
Claudia Böhmer	Monika Wilhelm
Marvin Just , <i>(in Vertretung für Nora Sill)</i>	Rüdiger Wittke

Zeitschrift IP – Internationale Politik

Dr. Sylke Tempel , <i>Chefredakteurin</i>	Severine Naeve , <i>(in Vertretung für Charlotte Merkl)</i>
Dr. Henning Hoff	Dr. Joachim Staron
Uta Kuhlmann-Awad	Rachel Herp Tausendfreund

DGAPforen

Evelyn **Rehm**

Junge DGAP

Venetia **Malim**,
Koordinatorin

DGAPjahrbuch

Dr. Josef **Braml**,
Leiter der Redaktion und geschäftsführender Herausgeber

DGAPforschungsinstitut

Prof. Dr. Eberhard **Sandschneider**,
*Otto Wolff-Direktor
des Forschungsinstituts*

Dr. Gereon **Schuch**,
Stellv. Forschungsdirektor

Henriette **Krauße**, *Assistentin
des Forschungsdirektors*

Laura **Krug**, *Persönliche Referentin
des Forschungsdirektors*

Sarah **Pagung**, *Assistentin
des Stellv. Forschungsdirektors*

Ulrike **Stern**, *Persönliche Referentin
des Forschungsdirektors*

Programme

Alfred von Oppenheim- Zentrum für Europäische Zukunftsfragen

Almut **Möller**,
Programmleiterin

Julian **Rappold**

Theresia **Töglhofer**
Associate Fellows

Dr. Cornelius **Adebahr**

Josef **Janning**

Natasha **Wunsch**

Berliner Forum Zukunft

Svenja **Sinjen**,
Programmleiterin

Sebastian **Feyock**

Matthias **Jähde**

Dr. Jana **Puglierin**

Alexander **Reinicke**

Cornelius **Vogt**

Associate Fellow

Dr. Sandro **Gaycken**

Berthold-Beitz-Zentrum Kompetenzzentrum für Russland, Ukraine, Belarus und Zentralasien

Dr. Ewald **Böhlke**,
Programmdirektor

Maria **Davydchik**

Irina **Torlopova**

Katja **Wall**

Associate Fellows

Dr. Behrooz **Abdolvand**

Luba **von Hauff**

China / Asien-Pazifik

Prof. Dr.
Eberhard **Sandschneider**,
Programmleiter

Associate Fellows

Dr. Sebastian **Bersick**

Anne-Kathrin **Langhorst**

EU-Middle East Forum

Dina **Fakoussa-Behrens**,
Programmleiterin

Christian **Achrainer**

Gregor **Darmer**

Senta **Höfer**

Associate Fellows

PD Dr. Sigrid **Faath**

Sarah **Hartmann**

Dr. Toby **Matthiesen**

Hamza **Safouane**

Ilyas **Saliba**

Ibrahim El-Houdaiby

Frankreich / Deutsch-Französische Beziehungen

Dr. Claire **Demesmay**,
Programmleiterin

Julie **Hamann**

Henriette **Heimbach**

Sara **Jakob**

Martin **Schiller**

Katrin **Sold**

Julia **von Studzinski**

Associate Fellow

Prof. Dr. Sabine **Ruß-Sattar**

Globalisierung und Weltwirtschaft

Dr. Claudia **Schmucker**,
Programmleiterin

Associate Fellow

Katharina **Gnath**

USA / Transatlantische Beziehungen

Dr. Henning **Riecke**,
Programmleiter

Dr. Josef **Braml**

Sebastian **Feyock**

Kevin **Francke**

Yvonne **van Diepen**

Associate Fellows

PD Prof. Dr. Erwin **Häckel**

Sascha **Knöpfel**

Silvia **Petig**

Zentrum für Mittel- und Osteuropa der Robert Bosch Stiftung

Dr. Gereon **Schuch**,
Programmleiter

Corinna **Blutguth**

Dániel **Hegedűs**

Kristina **Mignon**

Sarah **Pagung**

Dr. Jennifer **Schevarado**

Ulrike **Stern**

Marie-Lena **May**

Irene **Hahn-Fuhr**

Anna **Quirin**

Ágnes **Gelencsér**

Maxim **Stepanov**

Associate Fellows

Liana **Fix**

Prof. Dr. Andrea **Gawrich**

Dr. Christian **Wipperfürth**

Sarah **Wohlfeld**

Senior Associate Fellows

Dr. Klaus **von Dohnanyi**

Hans-Ulrich **Klose**

Rainer **Stinner**

Ruprecht **Polenz**

Prof. Dr. Reinhard **Loske**

Karsten D. **Voigt**

Markus **Meckel**

Die Regionalforen der DGAP

Die Aktivitäten der *Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik* beschränken sich nicht auf Berlin. Durch die Regionalforen bietet die DGAP ihren Mitgliedern bundesweit ein attraktives Veranstaltungsprogramm. Engagierte Mitglieder und Förderer der DGAP betreuen überwiegend ehrenamtlich

die einzelnen Foren. In München, Stuttgart, Frankfurt a.M., Bonn, Köln, Düsseldorf, Dresden und in den Hansestädten wird das Angebot der Regionalforen durch weitere Veranstaltungsformate, Stammtische und Unternehmensbesuche der *Jungen DGAP* ergänzt.

DGAPforum NRW

Das *DGAP-Forum NRW* kam anfangs in Bonn zusammen und ist heute auch in Köln und Düsseldorf aktiv. Mit über 350 Mitgliedern und rund zehn Veranstaltungen pro Jahr ist es das größte Regionalforum der DGAP.

Volker **Schlegel**, *Vorsitzender*

DGAPforum NRW / Köln

Boris Aaron **Rothe**, *Stv. Vorsitzender*

DGAPforum NRW / Düsseldorf

Frank **Neubert**, *Stv. Vorsitzender*

Lenka **Heimöller**

Junge DGAP NRW

Shabnam **Mirsaeedi**

Edgar **Sürth**

DGAPforum Hansestädte

Das *DGAP-Forum Hansestädte* wurde 2007 als *Forum Hamburg* gegründet, bevor es seinen Aktivitätsradius auf weitere norddeutsche Städte ausweitete. Seit 2011 besteht eine Kooperation mit dem Hamburger Abendblatt. Das Forum hat rund 145 Mitglieder.

Dr. Christian **Jacobs**, *Vorsitzender*

Junge DGAP Hansestädte

Paul Thomas **Brzesina**

DGAPforum München

Das *DGAP-Forum München* wurde 2006 auf Initiative von Dr. Benno Schwarz mit Unterstützung unseres Förderers und Präsidiumsmitglieds Prof. Dr. h.c. Roland Berger gegründet. Seit 2007 koordiniert ein Steering Committee die Aktivitäten. Das Forum hat über 200 Mitglieder und organisiert pro Jahr sechs bis acht Veranstaltungen.

Dr. Benno **Schwarz**, *Vorsitzender*

Junge DGAP München

Sascha **Lewitan**

Forum DGAP im Dialog / Frankfurt a.M.

In Frankfurt a.M. wurde 2010 auf Initiative unserer Präsidiumsmitglieder Herbert J. Scheidt und Prof. Dr. Günther Nonnenmacher das *Forum DGAP im Dialog* gegründet. Es organisiert pro Jahr zwei bis drei hochkarätige Veranstaltungen in enger Kooperation mit der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und der Bank Vontobel. Das Forum hat rund 175 Mitglieder.

DGAP im Dialog

Evelyn **Rehm**

Junge DGAP Frankfurt a.M.

Christoph **Kehr von Plettenberg**

Hendrik **Schmidt**

DGAPforum Sachsen

In Sachsen ist die DGAP seit 2008 aktiv. Seit 2009 leitet Prof. Dr. Claus Dietz das *DGAP-Forum Sachsen*, ein Steering Committee koordiniert die Aktivitäten. Das Forum hat rund 50 Mitglieder und organisiert zwei bis vier Veranstaltungen pro Jahr in Dresden und Leipzig.

Prof. Dr. Claus **Dietz**, *Vorsitzender*

Junge DGAP Sachsen

Maik **Schaetzlein**

DGAPforum Baden-Württemberg

Mit seiner Gründung 2013 ist das *DGAP-Forum Baden-Württemberg* das Neueste der Foren. Geleitet wird es vom ehemaligen Stuttgarter Oberbürgermeister Prof. Dr. Wolfgang Schuster. Finanzielle Unterstützung erhält das Forum von der Robert Bosch Stiftung und vom Institut für Auslandsbeziehungen (ifa). Koordiniert werden die Aktivitäten vor Ort von Dorothee Lanz. Das Forum hat rund 130 Mitglieder und organisiert drei bis sechs Veranstaltungen pro Jahr.

Prof. Dr. Wolfgang **Schuster**,
Vorsitzender

Dorothee **Lanz**

Junge DGAP Baden-Württemberg

Karoline **Gil**

Finanzbericht der DGAP

Die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.* (DGAP) wird durch die Beiträge ihrer Mitglieder, eine institutionelle Förderung des Auswärtigen Amtes sowie durch die Unterstützung von Unternehmen, Stiftungen und Verbänden finanziert. Diese breite Form der Unterstützung sichert die Unabhängigkeit der DGAP.

Gleichwohl steht die DGAP Jahr für Jahr vor neuen finanziellen Herausforderungen. Um ihre Ziele erreichen zu können,

muss die Gesellschaft über ihre vier Säulen – die Durchführung von Forschungsprojekten, die Herausgabe der Zeitschrift *IP – Internationale Politik*, den Service der *Bibliothek und Dokumentationsstelle* sowie die Organisation von Veranstaltungen – auch außerordentliche Maßnahmen finanzieren und somit über feste Zusagen hinaus kontinuierlich weitere Spenden einwerben.

Überblick über den Geschäftsverlauf des Jahres 2013

Ertrags-, Vermögens- und Finanzlage

¹ T€ = Abkürzung für eintausend Euro.

Auch im Jahr 2013 ist es gelungen, die Finanzierung der DGAP sicherzustellen. Das Auswärtige Amt hat die DGAP im Jahre 2013 institutionell mit T€¹ 747 (i. Vj. T€ 788) gefördert. Die Erträge aus Mitgliedsbeiträgen sind im Berichtsjahr mit T€ 426 um T€ 8 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Die Projektmittel stiegen auf T€ 2.315 (i. Vj. T€ 2.224), was im Wesentlichen auf das im Geschäftsjahr 2013 angelaufene Projekt *Mercator Fellowship Europäische Integration* mit einem Projektvolumen von T€ 102 zurückzuführen ist. Die Gesamterträge sind im Vergleich zum Vorjahr um rund 1% auf T€ 4.704 (i. Vj. T€ 4.748) gesunken.

Die Aufwendungen sind um 2% auf T€ 4.671 (i. Vj. 4.750) ebenfalls gesunken. Die sonstigen Aufwendungen sanken um T€ 138 auf T€ 2.211. Die Verringerung der sonstigen Aufwendungen gegenüber dem Vorjahr resultiert unter anderem aus der geringeren Anzahl der abgewickelten Projekte und den damit verbundenen Konferenzkosten.

In den Forschungsprogrammen der DGAP wurden 2013 insgesamt 45 (i. Vj. T€ 50) Projekte betreut, für die T€ 2.315 (i. Vj. 2.224) eingegangen sind. Die umfangreichsten Programme wurden vom *Zentrum für Mittel- und Osteuropa* mit T€ 716 und dem Programm *Naher und*

Mittlerer Osten/EUMEF mit T€ 399 bedient. Die Finanzierung erfolgte durch private und öffentliche Projektzuwendungen.

Die Steuern von Einkommen und Ertrag haben sich gegenüber dem Vorjahr um T€ 28 auf T€ 33 erhöht. Sie sind die Folge eines Steuerrisikos nach der Betriebsprüfung in 2013.

Die DGAP schließt ihr Geschäftsjahr 2013 mit einem Ergebnisvortrag in Höhe von -11 ab (i. Vj. T€ -9).

Für die kommenden Jahre 2014 und 2015 strebt die DGAP ein ausgeglichenes Ergebnis an.

Bilanz der DGAP e.V. zum 31. Dezember 2013

Aktiva in Euro

2013

2012

A Anlagevermögen

Immaterielle Vermögensgegenstände				
Entgeltlich erworbene Software		4.467,50		4.167,50
Sachanlagen				
Grundstücke mit Geschäftsbauten	5.373.084,62		5.422.281,11	
Betriebs- und Geschäftsausstattung	124.500,00	5.497.584,62	131.863,50	5.554.144,61
		A	5.502.052,12	5.558.312,11
B Umlaufvermögen				
Vorräte				
Verbrauchsmaterial		1.635,05		1.867,33
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				
Forderungen aus Beiträgen	9.687,00		8.051,70	
Forderungen aus der Abwicklung von Projekten	1.937.502,74		962.898,27	
Sonstige Vermögensgegenstände	80.668,61	2.027.858,35	74.809,42	1.045.759,39
Wertpapiere des Umlaufvermögens				
		0,00		1.251,82
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten				
		443.479,14		492.707,29
		B	2.472.972,54	1.541.585,83
C Rechnungsabgrenzungsposten				
		C	32.579,89	40.474,83
	Summe Aktiva		8.007.604,55	7.140.372,77

Passiva in Euro

2013

2012

A Eigenkapital

Vereinskapital	1.646.366,10		1.646.366,10	
Ergebnisvortrag	-11.431,97		-8.947,41	
		A	1.634.934,13	1.637.418,69
B Sonderposten aus Zuwendung zur Finanzierung des Anlagevermögens				
		B	3.362.146,33	3.418.042,32
C Sonstige Rückstellungen				
Steuerrückstellungen	32.000,00		0,00	
Sonstige Rückstellungen	165.700,00		215.400,00	
		C	197.700,00	215.400,00
D Verbindlichkeiten				
aus Lieferungen und Leistungen	147.671,11		98.924,78	
aus der Abwicklung von Projekten	2.326.393,88		1.391.013,35	
gegenüber dem Fördererkreis der DGAP e.V.	200.000,00		324.764,38	
Sonstige Verbindlichkeiten	67.267,56		8.477,92	
		D	2.741.332,55	1.823.180,43
		B, C und D	6.301.178,88	5.456.622,75
E Rechnungsabgrenzungsposten				
		E	71.491,54	46.331,33
	Summe Passiva		8.007.604,55	7.140.372,77

Gewinn- und Verlustrechnung der DGAP e.V.

1. Januar – 31. Dezember in Euro		2013	2012
1. Erträge aus Mitgliedsbeiträgen		425.948,76	418.078,99
2. Zuwendungen aus Mitteln des Fördererkreises der DGAP e.V.		563.791,95	638.213,86
3. Erträge aus Projektmitteln		2.331.702,06	2.315.702,26
4. Bundeszuschüsse außerhalb des Projektgeschäfts		746.957,00	788.000,00
5. Sonstige Erträge		636.060,88	588.182,38
6. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	-1.924.465,48		-1.881.412,50
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung T€ 87 (i Vj. T€ 78)	-441.976,43	-2.366.441,91	-2.308.756,22
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-94.005,84	-91.593,74
8. Sonstige Aufwendungen		-2.210.622,61	-2.348.923,72
9. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		195,05	1.579,78
10. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		-3.000,00	0,00
11. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		30.585,34	483,59
12. Steuern vom Einkommen		-32.568,43	-4.628,21
13. Sonstige Steuern		-501,47	-501,47
14. Jahresfehlbetrag		-2.484,56	-4.646,09
15. Ergebnisvortrag aus dem Vorjahr		-8.947,41	-4.301,32
16. Ergebnisvortrag		-11.431,97	-8.947,41

Der vom Vorstand aufgestellte Jahresabschluss – einschließlich Anhang – ist von der KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft und mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 4. April 2014 versehen worden.

Impressum

© Mai 2014

Herausgeber Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.

Redaktion Wiebke Ewering (Mitarbeit: Lisa Pfann)

Lektorat Uta Kuhlmann-Awad

Gestaltungskonzept und Produktion Carolyn Steinbeck · Gestaltung

Druck Medialis Offsetdruck GmbH, Berlin

Umschlagbild REUTERS/Stoyan Nenov

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit haben wir uns im Text meistens auf die männliche Form beschränkt. Selbstverständlich sind jeweils Frauen und Männer gemeint.



Deutsche
Gesellschaft für
Auswärtige
Politik

Rauchstraße 17/18 · 10787 Berlin-Tiergarten
Tel. +49 (0)30 25 42 31 -0 / Fax -16 · info@dgap.org · www.dgap.org

Ihre Ansprechpartner

Generalsekretariat

Sabine Straßenburg
+49 (0)30 25 42 31 -18
strassenburg@dgap.org

DGAPbibliothek

und Dokumentationsstelle
+49 (0)30 25 42 31 -21
bidok@dgap.org

Förderer und Mitglieder

Evelyn Rehm
+49 (0)30 25 42 31 -40
rehm@dgap.org

Pressestelle

Wiebke Ewering
+49 (0)30 25 42 31 -32
ewering@dgap.org

Veranstaltungen

Yulia Loeva
+49 (0)30 25 42 31 -28
loeva@dgap.org

IP – Internationale Politik

Severine Naeve
+49 (0)30 25 42 31 -46
ip@dgap.org

DGAPforschungsinstitut

Henriette Krauß
+49 (0)30 25 42 31-27
krausse@dgap.org

Junge DGAP

Venetia Malim
+49 (0)30 25 42 31 -73
malim@dgap.org